

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Post)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077. ADMINISTRATIVEM TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB, CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER, VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang

Donnerstag, 1. November 1934

Nr. 256

Das Signal

Wer kümmert sich um Not und Sorgen der Massen?

Die Organe des sudetendeutschen Bürgerlums haben Henleins böhmisch-leipziger Kundgebung mit fatter Genugtuung registriert und für sie aus allen Kräften die Werbetrümmel gerührt. Warum auch nicht! Der sudetendeutsche Ruf hat in seiner unter Mitwirkung verschiedener Faktoren zustande gekommenen Rede nicht den leisesten Zweifel darüber aufkommen lassen, daß er nicht daran denke, einen der antisozialen Instinkte der sudetendeutschen Bourgeoisie jemals zu verletzen. Er hat in seiner groß angelegten Deklaration, die die Offenbarung der neuen großen Mission der sudetendeutschen Heimfronten werden sollte, nicht nur keinerlei wirtschaftliche und soziale Postulate aufgestellt, er hat auch nicht mit einem Worte in dieser Zeit der schrecklichen Massennot der wirtschaftlichen und sozialen Räte der sudetendeutschen Massen Erwähnung getan.

Zur selben Stunde, da Henlein ganz im Sinne der großkapitalistischen und großagrarischen Unterführer seiner „Bewegung“ diesen für das sudetendeutsche Volk wichtigsten Problemen sorgfältig aus dem Wege ging, ist die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei mit einem Kampfsprogramm gegen die Krisennot vor das Volk getreten und hat damit, ganz anders als Henlein, gegenüber der Arbeiterschaft ihr lebendiges starkes Verantwortungsbewußtsein ebenso bewiesen, wie ihren unerschütterlichen Willen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Aufstieg der Volksmassen aus Not und Elend zu ermöglichen. Not und Sorgen dieser Massen haben in den Ausführungen Henleins in böhmisch-leipziger keinerlei Raum gefunden — wir aber wollen nicht schweigen und dies soll in den großen Kundgebungen unserer Partei am 4. November geschehen!

Die Lage von hunderten Tausenden Arbeiterfamilien in der Tschechoslowakischen Republik ist von erschütternder Tragik. Die Situation in den am schwersten von den Krisenwirkungen betroffenen Gebieten ist von furchtbarem Ernst. Menschen, die jahrelang erpungnenem Wohlstand ausgesetzt sind, die seit Jahren Tag für Tag ausgeblüht nach Arbeit und Lohn suchen, besitzen nicht mehr die Widerstandskraft, die zur Abwehr gesellschaftsverschörender Erscheinungen Notwendigkeit ist.

Vor allem in den Grenzgebieten fucht die Geschäftigkeit von demokratie-feindlichen Elementen Wohlstand und Arbeitsfülle im faschistischen Nachbarland vorzutauschen. Von drüben werden Sappen und Gräben in den Bereich unserer Demokratie getrieben, damit ihre Fundamente abdröckeln und zusammenbrechen sollen. Eine unter den Opfern der Dauerarbeitslosigkeit und der Massennot wachsende Verzweiflungstimmung wird von gewissenlosen, kühl berechnenden Demagogen genährt, die für die wirtschaftliche und soziale Notlage Demokratie, die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften verantwortlich machen.

Wißt man und Reid darüber, daß nicht alle Angehörigen der Arbeiterklasse die gleiche drückende Last der Krise zu spüren bekommen, werden mit heftigstem Vergnügen angefaßt. Vielleicht ist es die geschlossene Front der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auseinanderzutreiben. In manchen Bezirken haben Teile der staatlichen Bürokratie durch Maßnahmen, die jedes soziale Empfinden vermissen lassen, diesen Treibereten Vorschub geleistet und den demokratischen Staat, der in solchen schweren Zeiten den Ruf aus der Not aus der letzten Armen als Beschützer zur Seite treten müßte, als ihren Feind erscheinen lassen.

In dieser Situation kommt die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei mit ihrem Kampfsprogramm heraus. Illusionen zerstörend, stellt es wirklichkeitsfähigsten die Tatsachen der längsten Entwidlung des wirtschaftlichen Lebens in unserem Staate fest.

Diese Klarheit ist notwendig. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ist nicht verantwortlich dafür, daß die Wirtschaft unter den Heffeln des privatkapitalistischen Systems nicht zu einem wirklichen Aufschwung kommen kann. Sollte sie in unserem Lande bereits jene unbestehbare Kraft, zu der sie erst heranreift, so würde sie heute diese riesigen Raster der Wirtschaft sprengen und Produktion, Verteilung und das gesamte gesellschaft-

Wir greifen an

Die Arbeiterschaft des Komotauer Bezirkes begrüßt die Parole der Partei und erklärt:

Die Kundgebung am 4. November 1934 wird die größte werden, die Komotau jemals gesehen hat

Aus Komotau wird uns berichtet:

Gestern und vorgestern fanden in unserem Bezirk vier große Vertrauensmännerversammlungen statt, und zwar in Komotau, Gärkau, Seestadt und Heinsdorf, die alle einen Massenbesuch aufwiesen und in denen die letzten Vorbereitungen für die sonntägigen Kundgebungen besprochen wurden. Die Versammlungen legten in bereiteter Weise Zeugnis ab von der Kampfbegeisterung, die unsere Genossen befeuert. Überall erklärten die Funktionäre, daß die Weisung der Partei, am Sonntag für die Forderungen der sudetendeutschen Arbeiterschaft aufzumarschieren, im Proletariat den stärksten Widerhall gefunden hat. In der Debatte zu den mit stürmischem Beifall aufgenommenen Referaten wurde immer wieder gesagt, es sei das Gebot der Stunde, daß die Partei aus der Abwehrstellung heraustrete und zur Offensive übergehe. Wir haben es satt, so sprachen die Genossen, die Provokationen des Bürgerlums, das unsere Bewegung für die Sünden verantwortlich machen möchte, die es selbst begangen hat, noch länger ruhig hinzunehmen. Nach den Berichten der Vertrauensleute wird unsere Komotauer Kundgebung in Bezug auf Größe und Wucht alle bisherigen Veranstaltungen in diesem Gebiet bei weitem übertreffen.

Die antifascistische Volksbewegung in Westböhmen

Die Arbeitslosen kommen — Böhmisches-Leipa wird überboten!

Karlsbad. Die westböhmisches Genossen, die mit der Vorbereitung des sonntägigen Massenaufmarsches beschäftigt sind, wissen, daß von ihrer Entkraft und ihrem organisatorischen Können viel abhängt. Hier haben wir die stärkste Partei-Kreisorganisation. Der von der Henleinbewegung festgestellte Zerfall der Sozialdemokratie müßte also hier besonders stark zu bemerken sein.

Alle, die an dem Sterben unserer Partei so große Freude haben, werden eingeladen, am Sonntag nach Karlsbad zu kommen. Hier können sie das „politische Nichts“, das die Sozialdemokratie nach den Behauptungen der Schriftleiterpresse durch den henleinischen Sturmangriff geworden ist, selbst in Augenschein nehmen.

Was sich jetzt in den einzelnen Bezirken abspielt, verbürgt allerdings allen Henleinfreunden eine arge Enttäuschung: der Aufruf der Partei an die sozialistischen Republikaner, am 4. November zu großen antifascistischen Kundgebungen anzutreten, hat in Westböhmen eine wahre Volksbewegung ausgelöst.

„Wir werden es ihnen zeigen!“

Das Verbot der für den 7. Oktober in Karlsbad angefragt gewesenen Kundgebung hat zunächst

liebe Leben auf einer anderen, den Interessen aller Gesellschaftsmitglieder gerecht werdenden Ordnung neu organisieren.

Jetzt muß sie mit dem Einsatz, über den sie verfügt, und den zu stärken und zu erweitern die Pflicht aller Arbeitenden ist, auf dem demokratischen Staat einwirken, damit es durch systematisches und planmäßiges Eingreifen in die Wirtschaft die schädlichen Wirkungen der Krise auf ihre besitzlosen Opfer herabmindert. Diesem Zweck dient das Programm, an dessen Spitze die Forderung nach Schaffung von Arbeitsgelegenheit steht. Ein ganzes System von sozial- und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten zeigt auf, wie dieser Zweck durch das Eingreifen des Staates zu erreichen ist.

Mit ihrem Kampfsprogramm vom Herbst 1934 verkündet die sozialdemokratische Arbeiterbewegung vor dem ganzen Volke, in welcher Richtung sie ihre Macht in der nächsten Zukunft einzuwirken gewillt ist. Der Schutz, die Verteidigung des arbeitenden und des arbeitslos gewordenen Menschen und seiner menschenwürdigen Existenz steht für sie in ihrem Kampfe obenan.

Wo ist noch eine Partei, die mit dieser letzten Offenheit, mit so tiefem Ernst für die

Bestimmung und Unzufriedenheit zur Folge gehabt. Als aber bekannt geworden war, daß wir am 4. November marschieren werden, um Henlein die Antwort auf die faschistische Herausforderung von böhmisch-leipziger zu erteilen, gab es überall freudigste Zustimmung und das Gelächter, für den 4. November noch eifriger zu arbeiten als für den 7. Oktober. In der Partei, den Gewerkschaften, den Genossenschaften und den Kulturorganisationen gibt es jetzt nur einen Rufe- und Arbeitsstoff: die antifascistische Kundgebung in Karlsbad. „Wir werden es ihnen zeigen!“ — das kann man immer wieder hören, es man nun in die ärgsten Notstandsgebiete kommt und dort mit den Arbeitslosen spricht oder noch in Arbeit stehenden Vertrauensleuten begegnet.

Das ist Solidarität!

Wir werden ihnen zunächst zeigen, was Solidarität ist. Aus dem Bezirk Elbogen z. B., in dem die Arbeitslosigkeit sehr groß ist, können nicht alle Teilnehmer an der Kundgebung nach Karlsbad marschieren. Die Genossen aus einigen Orten müssen die Eisenbahn benutzen. Darunter sind Arbeitslose, die schon monate- und jahrelang nichts verdienen. Die Solidarität der Arbeitenden sichert ihnen die Möglichkeit der Bahnbenußung; es wird eifrig gesammelt.

ausgebeuteten, in schwerer Not versinkenden arbeitenden Menschen eintritt? Wo ist jemals außerhalb der Sozialdemokratie und außerhalb der freien Gewerkschaften so viel zähe, verbissene, aufreibende Kleinarbeit für die Arbeiterinteressen geleistet worden? Die phrasendreschenden Demagogen aus allen anderen „Fronten“ und Parteien können nicht ein Tausendstel davon aufzeigen!

Hat das Kampfsprogramm, dem wir am 4. November neben dem Protest gegen den Henleinfaschismus kraftvoll unsere Zustimmung geben wollen, die eine Bedeutung, für die in den öffentlichen Institutionen und Körperschaften wirkenden Vertreter der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, für unsere Parlamentarier die Richtung ihrer Arbeit abzustecken, so hat es auch noch die andere: Signal zu sein für die Massen der Arbeiter, Angeheerten, Arbeitslosen und Kleinbauern, sich in dem Kampf um die Rettung der Wirtschaft, um die Rettung der Arbeit und des Menschen, der sie vollbringt, in die einzige Front einzureihen, die diesen Kampf ohne Schwanken mit dem klaren Ziel der Befreiung vom Kapitalismus zum Siege führen will!

Wer eine Krone entbehren kann, stellt sie für den guten Zweck zur Verfügung. Dabei muß man bedenken, daß jeder zweite Parteigenosse arbeitslos ist!

Aus dem Elbogener Bezirk werden 3000 Menschen nach Karlsbad kommen. Nach den bisherigen Anmeldungen. Aber die Zahl der Anmeldungen wird von Stunde zu Stunde größer. Eine Vertrauensmännerversammlung, die am Dienstag in Elboda stattfand, verlief in großer Begeisterung. Ein Teil der kommunistischen Arbeiter wird sich an der Demonstration beteiligen. Es sind einige Tausend Arbeiter aus dem Elbogener Bezirk, denen am Sonntag eine Marschleistung von mehr als sechs Stunden bevorsteht. Das kann sie nicht schrecken. „Wir werden es ihnen zeigen!“

Alle helfen mit!

In Jälenau ist das Kreissekretariat der Turner, in Karlsbad das der Jugendlichen. Überall ist man fieberhaft am Werke, um die Kundgebung recht eindrucksvoll zu gestalten. Sie wird zeigen, wo der beste Teil der sudetendeutschen Jugend steht. Dabei wütet die Arbeitslosigkeit gerade unter der Jugend erschreckend. Etwa dreißig Prozent der Turnvereinsmitglieder sind arbeitslos. Im Sozialistischen Jugendverband ist das Verhältnis noch schlimmer. Aber die rote Jugend läßt sich nicht unterkriegen: ihre Eingliederung in die mächtigen Kadere der antifascistischen Kämpfer zeigt, daß sie mit der Partei fest verbunden ist. Neben den Jugendlichen und den Turnern sind alle übrigen Kulturorganisationen mit der Vorbereitung des 4. November beschäftigt: ein Wille, ein Ziel beherrscht alle. Sie werden es ihnen zeigen!

Die Arbeitslosen kommen!

Unvergesslich ist der Eindruck, den die Unternehmung mit den Graslitzer Vertrauensmännern vermittelt. Graslitz ist der Bezirk, der absolut und verhältnismäßig die meisten Arbeitslosen hat. Die Genossen weisen darauf hin, daß die vor einigen Tagen in der sozialdemokratischen Presse gemeldete Arbeitslosenzahl — auf je 1000 Einwohner 231 Arbeitslose — gar nicht stimmt; sie ist in Wirklichkeit viel höher. Man muß zur Zahl der registrierten Arbeitslosen noch die Vergewaltigten zählen, die nicht arbeitslos, sondern nur berufsunfähig sind und nur deshalb aus der Statistik ausscheiden, weil sie nicht an der Ernährungsaktion beteiligt sind. Sie können jedoch von ihrer Pension nicht leben und waren früher alle in anderen Berufen tätig. Aber auch die kleinen Meister, die nach ihrer ganzen Lebenslage Proletarier sind, vermehren die Zahl der wirklich Arbeitslosen.

Auf 1000 Einwohner dürften nach den glaubhaft belegten Angaben unserer Vertrauensmänner etwa 300 Personen kommen, die arbeitslos, bezw. einkommenslos sind.

Die Henleinfaschisten, die ständig versuchen, die Arbeitslosen gegen die Sozialdemokratie auszuspielen und behaupten, gerade in Graslitz sei ihnen der Eindruck in unsere Reihen gelungen, mögen sich am kommenden Sonntag sehr aufmerksam umsehen: unsere Exkursionszüge am Freitag ab. Er ist schon derart überfüllt, daß er wahrscheinlich geteilt werden müssen.

Wieviele der Genossen und Genossinnen, die am Sonntag nach Karlsbad fahren werden, sind arbeitslos?

„Mehr als 90 Prozent!“

ist die Antwort. Für sie alle ist das ein schweres Opfer. Da sind die Arbeitslosen von Noibau, die schon jahrelang keinen Verdienst haben, da sind die arbeitslosen Instrumenten- und Spielzeugmacher. Sie haben nur noch dünne Kleider auf dem Leib und haben schlechte Schuhe. Aber sie werden kommen, sie werden es ihnen zeigen! Wenn noch Arbeit hat, hilft den Kameraden die Jahre bezahlen. Die Arbeiter aus der ganzen Kreisorganisation sind den Graslitzer Kameraden helfend beigeflogen; in den Gewerkschaften und in der Genossenschaft ist

eine große Solidaritätsaktion im Gange.

In diesem Elendsbezirk, in dem die Arbeitslosen keinen Ausweg aus ihrer Not sehen, hängen die Proletarier mit unerschütterlicher Treue an der Partei, von der sie wissen, daß sie ihr Anwalt ist.

Mehr als doppelt soviel wie damals fahren wollen, werden am kommenden Sonntag in Karlsbad sein!

Ohne die Kommunisten!

Während unseres Aufenthaltes im Parteisekretariat sprach eine kommunistische Abordnung vor. Sie überbrachte einen Brief, in dem sie mitteilt, daß die Kommunisten am 4. November in Karlsbad einen Redner stellen werden.

Sie sind keine Bundesgenossen im Kampfe gegen den Faschismus. Sie, die ihre Massen für ihn präpariert haben, werden auf sozialdemokratischen Kundgebungen keine Redner stellen!

Die Entschlossenheit der sozialdemokratischen Arbeiter, jeden Störungsversuch der Kommunisten und jeden Mißbrauch unserer Kundgebung für deren Parteizwecke zurückzuweisen, ist so stark, daß den bolschewistischen Drahtziehern im Namen der Masse, auf die sie sich berufen wollen, dringend zu raten ist, ihre Hände vom Spiel zu lassen.

Die Partei wächst!

Wir schließen unseren Rundgang in Neudorf ab. Auch hier gibt es glänzende Beispiele der Solidarität: die Angestellten der Gemeinde, des Konsumvereins und der Krankenversicherung.

BRUNO ADLER: KAMPF um POLNA EIN TATSACHENROMAN Copyright 1934 by Michal Koccha Verlag, Prag XLX

Als Schneider seine Platte aus dem „Talmudjude“ forciert und einzelne Stellen hebräisch vordringt, erweckt er schallende Heiterkeit. Die Stimmung des hohen Hauses ist gehoben.

Berfemt

Masaryks Broschüre, durch die Interpellation immunisiert, erscheint deutlich im Verlag der „Zeit“ und erregt großes Aufsehen.

Die Antwort erfolgt unverzüglich. Die Wiener und die tschechischen Antisemiten fallen vereint über den Verfasser her. Schon einmal, als er sich an die Spitze der Gelehrten stellte, die das nationale Säkularium der königshofischen Handschrift als Fälschung entlarvten, fand sein Volk geschlossen gegen ihn.

sicht war überall zu bemerken. „Wir wollen anagen ehm enttäuschen“, sagen die Genossen. Die Arbeitslosen, die die Unterstützung beziehen, bezahlen die Reise selbst. Mit den Kommunisten wollen sie nichts zu tun haben.

So stirbt unsere Partei: In den letzten Wochen haben wir im Bezirk Elbogen 300 neue Mitglieder gewonnen; davon allein 111 in dem

Bereitschaft und Solidarität

Das Nordböhmisches Proletariat in Aktion

Selten einmal hat die Arbeiterklasse des Wahlkreises V. Leipa, wenn die Partei sie rief, auch nur gezögert, dem Rufe zu folgen. Immer waren sie da, die Textilarbeiter des Niederlandes und des Palzlandes, die geistig so fortgeschrittenen und nun so schwer von der Krise heimgesuchten Arbeiter der Glasindustrie von Haida und Steinschönau, die zähen Kämpfer des Leipziger Bezirkes.

Aber mit einer solchen Präzision, mit einem solchen Elan, so begeistert und opferbereit, wie sie die Parole der Partei zum 4. November 1934 aufgenommen haben, haben wir sie schon lange nicht mehr gesehen.

Am Freitag, den 26. Oktober, gingen die ersten Reaktionen des Kreissekretariats an die Vertrauensleute hinaus, erhalten haben sie sie am Samstag, an welchem Tage auch in der Parteipresse zu Vertrauensmännerverfammlungen der Bezirke eingeladen wurde. Am Sonntag, den 28. Oktober, also nur zwei Tage später, tagten nicht weniger als sechs solcher Vertrauensmänner-Verfammlungen und am Montag und Dienstag je eine weitere in Bodenbach und Ruffig, die durchgehends einen wahren Massenbesuch aufzuweisen hatten und in denen die Aufforderung zur Beteiligung an der großen Kundgebung mit Begeisterung aufgenommen wurde.

Bereits am Montag, den 29. Oktober, 48 Stunden nach der ersten Verlaubarung der Kundgebung, waren im Kreissekretariat in Bodenbach sechs Sonderzüge gemeldet.

Da es sich bereits am Sonntag in den Vertrauensmännerversammlungen als unmöglich herausstellte, mit den fahrplanmäßigen Zügen die Massen der zur Kundgebung eifenden Arbeiter befördern zu können. Heute, Mittwoch, erscheint es fraglich, ob selbst diese sechs Sonderzüge zureichen werden und ob nicht noch ein siebenter oder gar achter angesprochen werden muß.

So waren aus dem Ruffig-Karibiker Gebiet zwei Sonderzüge gemeldet. Die Ruffiger Genossen rechnen aber mit einer Beteiligung von 3000 Personen und es werden daher, wenn nicht ein dritter Sonderzug verkehren wird, die fahrplanmäßigen Züge sehr stark besetzt sein.

Aus dem Niederlande haben die Bezirke Warnsdorf und Rumburg je einen Sonderzug gemeldet. Der von der Krise so hart heimgesuchte Bezirk V. Kamniz wird etwa

700 bis 800 Personen ebenfalls mittels Sonderzug nach Bodenbach entsenden und aus dem Elendsgebiet Haida kommt über V. Leipa gleichfalls ein Extrazug.

Käuflich werden nicht alle die Züge sein. Die Genossinnen und Genossen des „Arut“ haben alle eigenen Veranstellungen abgesetzt und ihre Mitglieder verpflichtet, an der Kundgebung teilzunehmen. Es darf daher mit etwa 1000 Radfahrern gerechnet werden, die per Rad in Bodenbach eintreffen.

Der „Arut“ hat ein Spiel- und Turnverbot erlassen und beteiligt sich in Turnerscheidung an der Kundgebung. „Jugendliche“, Naturfreunde, Gewerkschaften, Kreidenker, kurz alle Zweige der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung haben sich in herrlicher Einmütigkeit hinter die Parolen der Partei gestellt und der kommenden Sonntag wird den eindeutigen Beweis erbringen, daß es mit dem „sterbenden Marxismus“ noch gute Wege hat.

Konrad Henlein hat am 21. Oktober in V. Leipa nach den Angaben der in seinen Diensten stehenden Presse 20.000 Menschen nach wochenlangem unerhörtem Propaganda und aus dem gesamten deutschen Siedlungsgebiete von Ost bis Reichsbergern zusammengetrommelt. Nach den Zählungen unbereinigter Personen waren es jedoch nur 12.000.

Wir werden unter Beweis stellen, daß die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei dieses einzigen, nordböhmisches Wahlkreises in einem Zeitraum von acht Tagen die gleiche Anzahl Menschen, aber politisch geschulte, klar denkende und von ihrer Idee überzeugte und durchdrungene Arbeiter in Bewegung zu setzen vermag.

Wie tief im Herzen muß den Arbeitern der Gedanke des Sozialismus sitzen, die in der Zeit der schwersten wirtschaftlichen Bedrängnis, Opfer des Kapitalismus, Arbeitslose, Kurzarbeiter, zu solcher Begeisterung entflammen! Welche Partei des Wahnsinns kann sich rühmen, von ihren Anhängern ein Gleiches aufzuzeigen?

In V. Leipa „Ochner“, die mit 30 KZ Taggeld und Verköstigung für ihren „Dienst“ entlohnt wurden, 500 Gendarmen, die die Veranstalter dieses Störversuches angefordert haben und die ihnen 30.000 KZ kosteten. In Bodenbach werden 1000 MS-Männer ohne jede Entschädigung ihre Pflicht erfüllen. In V. Leipa eine Rede, die ein arbeitsloses Spiel mit Worten, keinen einzigen positiven politischen Gedanken enthält, der Verlogenheit entspringen, hier eine disziplinierte, von einer großen Idee getragene, begeisterte, kampfbereite Bewegung einer Masse, die tausend Schlachten geschlagen hat

Auch die Jugend marschiert!

Alle Mitglieder des Sozialistischen Jugendverbandes beteiligen sich am kommenden Sonntag, an den antisozialistischen Kundgebungen der Partei. Bis zum Sonntag helfen alle Jugendgenossen und -Genossinnen bei den Vorbereitungen. Niemand schließt sich aus! Der Kampf gegen den Faschismus ist ein Kampf für die Jugend und muß darum ein Kampf mit der Jugend sein.

Der Verbandsvorstand des Sozialistischen Jugendverbandes.

und die in opferreichen Kämpfen, trotz mancher Niederlage, vorwärts strebt und das Antlitz der Welt verändert.

In diesen Tagen wurden wir auch Zeugen von Beweisen herrlicher Solidarität:

Reber unsere Partei, noch die Gewerkschaften, noch die anderen unserer Organisationen verfügen über die Mittel, um die Zu- und Abfahrt der Teilnehmer zu bezahlen. Kein Fabrikant stellt uns Auto und Vorräte zur Verfügung. Soweit sie noch in Arbeit stehen, wird dies ja, wenn auch nicht allzu leicht, möglich sein. Aber die Arbeitslosen... Sollen die fernbleiben, sollen sie deshalb, weil sie aus der Produktionsprozess ausgeschlossen wurden, nicht mit ihren Klassengenossen marschieren und ihren Willen kundgeben?

Nun; die oft bewährte Solidarität sozialdemokratischer Arbeiter hat auch heute noch ihre Geltung, trotz Not und Krise, und in den wenigen Tagen seit dem verflochtenen Sonntag trat sie leuchtend in Erscheinung.

Die Kreisleitung richtete an die in Arbeit stehenden Genossen den Appell, wenigstens für einen Arbeitslosen die ganzen oder teilweise Kosten der Bahnfahrt zu übernehmen. Der Erfolg war beispiellos überraschend:

Sonntag, den 28. Oktober, fand die Vertrauensmännerkonferenz in V. Kamniz statt. Am nächsten Tage meldete V. Kamniz, daß bereits für 250 Arbeitslose die Kosten der Bahnfahrt sichergestellt seien und daß die Aktion fortgesetzt wird.

Das Rotstandsgebiet Zwidau-Röhrsdorf hat 100 Teilnehmer gemeldet, davon sind 75 arbeitslos. Für diese 75 Arbeitslosen haben die anderen Arbeiter die Fahrkosten aufgebracht. Die kleine Ortschaft Schwilka meldet von 13 Teilnehmern zwölf Arbeitslose.

In Rumburg kam unter den Textilarbeitern der Beschluß zustande,

die Fahrtkosten für 400 arbeitslose Textilarbeiter aufzubringen.

In Bodenbach sorgen die Arbeiter durch Sammlungen unter sich dafür, daß die Arbeitslosen von auswärts und in eigenen Bezirke, und wenn sie in noch so großer Zahl kommen, ein warmes und ausgiebiges Mittagessen erhalten.

Und darin liegt die Garantie des Erfolges am 4. November:

In der Begeisterung für die Idee und in der Solidarität der nordböhmisches Arbeiterklasse.

heute. So wie damals seine Ernennung zum ordentlichen Professor abgelehnt wurde, wie er sich, persönlich diffamiert, mit seinen politischen und wissenschaftlichen Gegnern vor den Gerichten herumschlagen mußte, so stehen sie heute wieder alle wie ein Mann gegen ihn, einen Mann.

Die katholischen Blätter der Tschechen und die Wiener Los von Rom-Presse gehen in einer Front gegen ihn vor. Schon am Samstag, den 11. November, kündigt das „Deutsche Volksblatt“ an: „Professor Masaryk wird in seiner nächsten Vorlesung eine unangenehme Ueberredung erleben. Die tschechische Studentenschaft wird ihn nach allen Regeln der studentischen Kunst auspeifen.“ An den Prager Hochschulen werden Petzet verteilt: „Montag Masaryk in der Praktischen Philosophie auspeifen!“

Die Montag-Vorlesung muß entfallen, weil Masaryk sich nicht wohl fühlt. Da er nun nicht zu den empörenden Studenten kommt, kommen sie zu ihm. Etwa siebzig junge Leute marschieren zu seiner Wohnung auf der Kleinfeste und füllen den großen Hof des alten Hauses der Thungasse. Plötzlich erscheint Masaryks Frau unter ihnen und läßt sie ein, in die Wohnung zu kommen, wenn sie den Professor sprechen wollten. Er selbst tritt auf die Pavlatsche, den offenen Gang, der innen um jedes Stockwerk der alten Prager Häuser läuft. Die Demonstranten bringen es nicht über ein paar schäudernde Protestrufe und verdrehten sich. Erst die Zeitungen müssen ihnen Rat machen. Sie geben die Adresse von Masaryks Wohnung an, beschreiben, welche Fenster zu ihr gehören und welcher Weg zu ihr führt. Für Dienstag 4 Uhr beruft der tschechische Ausschuss eine Sitzung ins Karolinum ein. Auf das Programm wird ein aktuelles politisches Thema gesetzt, doch allgemein ist bekannt, daß die Polna-Broschüre den Gegenstand der Versammlung bilden soll. Vor ihrer Eröffnung wird sie vom Rektor verboten. Nun ziehen die Teilnehmer geschlossen auf die Kleinfeste. Vor dem Kadetly-Denkmal wird gepfeifen.

Die „Národní Listy“ werden mit Heilrufen geehrt. Die „Katholické Listy“ aber melden, daß Masaryk erst Donnerstag wieder zu lesen gedente, und daß ihm die Studentenschaft bei dieser Gelegenheit ihre Gesinnung beweisen werde. Andere Blätter sind der Meinung, der unbeliebte Lehrer werde sich hüten, seine Vorlesungen wieder aufzunehmen.

Als Masaryk, noch nicht wiederhergestellt, am Donnerstag in einer Droschke, begleitet von seiner Frau, zum Klementinum kommt, haben etwa zwölfhundert junge Leute, zum großen Teil nicht der Universität angehörig, den Hof und den Kollegaal besetzt. Seine Anhänger bahnen ihm den Weg. Sobald er den Raum betritt, bricht ein Höllenlärm los. Er kann nicht zu Wort kommen.

Masaryk, nach vergeblichen Versuchen, sich anders verständlich zu machen, schreibt mit Kreide an die Wandtafel:

„Ich habe mich nicht gefürchtet zu kommen, ich bitte um's Wort.“

Der Lärm geht weiter, und Masaryk schreibt weiter:

„Ich erkläre:

- 1. Die Bezahlungen aller Zeitungen, daß ich bestochen sei, sind erlogen, desgleichen
2. die Bezahlung, daß ich meinen Namen für eine fremde Arbeit geliehen habe.
3. Ich bin aufgetreten, weil ich den Herrlichen Antisemitismus erkannt habe und ihn für ein nationales Uebel halte.
4. Gewissenhafte Studien haben mich überzeugt, daß die Durchführung des Polnaer Prozesses geradezu ein Attentat auf Vernunft und Menschlichkeit ist. Ich habe die Freiheit des Denkens und Fühlens verteidigt, ohne Diplomatie, und werde sie immer verteidigen.

Was habt Ihr Demonstranten also dagegen? Kennt mir Eure Gründe, ich werde sie respektieren, wie ich auch von Euch Respekt verlange.“ Keine Antwort als neuerliches Loben. Masaryk schreibt weiter:

„Ich habe den tschechischen Studenten und alle seine Motive stets geachtet. Ich stehe ihm hier Rede und will jede Frage beantworten. Ich hoffe noch immer auf die Mannhaftigkeit der Gesinnung und daß jemand persönlich, nicht anonym das Wort nehmen wird.“

Auf diese zweite Aufforderung hin tritt ein Student zur Tafel und schreibt:

„Wir haben gegen Masaryk einzuwenden, daß er in so bewegten Zeiten, wo es notwendig ist, daß das Volk geschlossen gegen die feindliche Regierung stehe, eines Juden wegen das ganze Volk spalten und somit schwächen will. Er arbeitet dem expansiven Germanismus in die Hände. Wir haben gegen ihn ferner einzuwenden, daß er behauptet: ich muß recht haben, mag auch das was ich behaupte, nicht wahr sein. Aus ihm würde kein Hilsner einen Tropfen tschechischen Blutes herauszuschneiden. Basta.“

Masaryk antwortet auf der Tafel:

„So bewegte Zeiten haben wir immer hauptsächlich deshalb, weil eine korrupte Journalistik einen Teil der denkfaulen Intelligenz anführt. Ich verlange Taten und keine spitzigen Phrasen.“

„Faktum ist die Broschüre, die beweist, daß Masaryk lieber den Juden hilft als dem eigenen Volk.“

„Da haben Sie die Broschüre eben nicht gelesen — wie also diskutieren?“

Eine Verständigung ist unmöglich. Das anhaltende Gedrüll und Pfeifen zwingt den Lehrenden Saal zu verlassen. Die Hörer, die nicht hören wollen, drängen sich an ihn heran, beschimpfen, stoßen und zerren ihn, vergreifen sich sogar an seiner Frau. Die Anhänger sind zu schwach, ihn zu schützen. Endlich ist der Wagen erreicht, der im Hof, von zwei jüngeren Kollegen des Professors bewacht, gewartet hat.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiterfront gegen Henleinfront!

Heraus zu den Kundgebungen am 4. November!

Die Geburtswehen des österreichischen Ständestaates

Buchstäblich mit Hängen und Würgen ist im Heber das neue Österreich der Storchenberg und Key geboren worden. Rühmlich bewegt es sich durch die Schwierigkeiten, die teils in der offenen Ablehnung an Rom und den geheimen Paketeilen mit Berlin zu suchen sind, teils in den Affären der führenden Regierungsmänner, als da sind Scheidungs- und Alimentationsfragen, Unterschlagnungen, Wechselgeschichten und nicht zuletzt bringender Verdacht der Beteiligung an Godoverrot und Nordaktionen. Nun soll es einen Schritt weiter geben. Der Staatsrat soll bis zum 1. November ernannt sein. Am Abend des 31. Oktober wird aber zwischen den verschiedenen Cliquen noch erbittert um die Pflichten und Ehren gerungen. Als geschickt gelten die Staatsratskandidaten für den ehemaligen Präsidenten des Nationalrats Dr. Dinghofer, den Generalprokurator Dr. Winterstein, den Professor Oswald Redlich, den Generalobersten Schönburg-Hartenstein, den Präsidenten des Hauptverbandes der Industrie, Urban, den Abt des Schottenstiftes Reichl, den Direktor der Bundesbahnen Rosalb. Der Präsident der jüdischen Religionsgemeinde Sid, der frühere Bundeskanzler Streeruwitz und der Staatssekretär Glah sollen auch ernannt werden. Lebhaft umstritten ist noch der Präsidentenstuhl, für den Dr. Endert, der Autor des Konstruktions von Ständeverfassung, oder Baugin in Frage kommen. Schuchnigg und Storchenberg tagen zu zweit, um diese weltbewegende Frage zu entscheiden.

Im übrigen macht die Ausöhnung mit den Nazis rege Fortschritte. Die Militärgerichte stellen ihre Tätigkeit ein. Die amtlichen Mütter berichten, daß die deutsche Propagandatätigkeit aufgehört habe und konstatieren mit Genugtuung, daß Habicht und Frauenfeld Kemler im Dritten Reich erhalten. Zwischendurch werden Waffenfunde bei Nazis (z. B. St. Andras-Wörtern) gemeldet, aber solche Kleinigkeiten werden der Ausöhnung nicht im Wege stehen, die ja Hey am 25. Juli vom Balkon des Kanzlerpalais aus schon eingeleitet hat.

Der mysteriöse Stoklas ausgeliefert

Wien. (Tsch. P. B.) Wie berichtet wird, befindet sich seit Anfang September ein gewisser Stoklas in österreichischer Gerichtsbarkeit. Nach dem Attentat von Marseille verlangte er, zu einem Verhör vorgeführt zu werden, und erklärte bei demselben, daß er in der Lage wäre, wichtige Mitteilungen über die Vorgeschichte dieses Attentates machen zu können. Diese Angaben des Verhafteten wurden den jugoslawischen Behörden zur Kenntnis gebracht und diese haben um die Auslieferung Stoklas' angefragt. Runmehr wurde dem Auslieferungsbefehl entsprochen und Stoklas wurde gestern an der österreichisch-jugoslawischen Grenze den jugoslawischen Gendarmen übergeben.

Rücktritt des jugoslawischen Justizministers

Belgrad, 31. Oktober. Nach einer amtlichen Mitteilung, die um 21 Uhr ausgegeben wurde, ist der Justizminister Vojzidar Marimovic am Mittwoch zurückgetreten. Eine Begründung seines Rücktrittes wurde nicht veröffentlicht.

In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß sich der Ministerrat in seinen drei letzten Sitzungen mit den Rücktrittsabstufen des Justizministers beschäftigt habe und dabei bemüht gewesen sei, gewisse persönliche Gegenstände auszugleichen, die zwischen Marimovic und dem Kriegsminister General Jivkovic bestanden haben. Da ein Ausgleich nicht möglich war, trat Marimovic zurück.

Der Parteivorstand der tschechoslowakischen Sozialdemokratie hielt Mittwoch eine Sitzung unter dem Vorsitz des Genossen Hampf ab, bei der die Genossen Beshny und Rejzner referierten. Es wurden alle laufenden politischen Angelegenheiten besprochen, insbesondere die weiteren Aktionen der Regierung für die Arbeitslosen, die Investitionen, die Aspirantenverordnung, die Forderung der militärischen Kreise nach der zweiseitigen Dienstzeit, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Frage der Renteinlässe und Gehälter, der Sanierung der Selbstverwaltung und der Auflösung des Bodenamtes. Genosse Dunder berichtete über seine Reise nach Karpathenland.

Das „Právo Lidu“ über Henlein. Anknüpfend an die „Prager Presse“ über das wahre Gesicht der Henlein-Bewegung befaßt sich das „Právo Lidu“ mit der SDP und kommt ebenfalls zu der Feststellung, daß das wahre Gesicht der Henleinfront das Gesicht des Dritten Reiches sei.

Handelspolitische Schwierigkeiten mit Rußland, Belgien, Frankreich, Holland und Deutschland

Die Tschechoslowakei führt, wie wir dem „Právo Lidu“ entnehmen, gegenwärtig wichtige handelspolitische Verhandlungen, bei denen sich durchwegs große Schwierigkeiten ergeben haben. Auch diejenigen Länder, welche bisher Anhänger des freien Handels gewesen sind, beginnen mit Zoll-erhöhungen vorzugehen. So wird voraussichtlich Holland in der nächsten Zeit Prohibitivzölle einführen, ähnlich ist es bei Belgien, wo unsere handelspolitischen Schwierigkeiten in der letzten Zeit sehr gewachsen sind. Auch mit Frankreich sind die Verhandlungen nicht leicht. Dieses Land hat nach einer neuen Verordnung die Zwingungsbezeichnung des eingeführten Glases mittels eines unentzifferbaren Zeichens trotz aller tschechoslowakischen Proteste eingeführt. Erreicht wurde allerdings nur, daß die Gültigkeit der Verordnung bis zum 1. Dezember hinausgeschoben wurde.

Auch die Verhandlungen mit Sowjetrußland gehen nicht leicht vonstatten, weil die Russen Kredite mit der Laufzeit von fünf Jahren verlangen, was die Tschechoslowakische Republik

nicht durchführen kann. Den Russen wird voraussichtlich ein Kredit von 450 Millionen Kč auf drei Jahre im Rahmen des Gesetzes über die Exportkredite vorgeschlagen werden. Der tschechoslowakische Export muß freilich bis zu einem gewissen Maße durch die Einfuhr russischer Produkte ausgeglichen werden.

Die größten Schwierigkeiten ergeben sich freilich in den Verhandlungen mit Deutschland. In den letzten Monaten ist die tschechoslowakische Ausfuhr nach Deutschland viel größer als die Einfuhr deutscher Waren zu uns. Dadurch ist im Clearing für die Tschechoslowakei eine Aktiospitze von etwa einer Viertelmilliarde Kč erreicht worden. Diesen Betrag sind die deutschen Abnehmer unserer Waren den tschechoslowakischen Exporteuren schuldig. Es muß also eine Vereinbarung über die Abzahlung dieser Schulden getroffen werden.

Alle diese wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten sind naturgemäß ein Hindernis unserer Ausfuhr und damit ein Hindernis des Aufschwunges unseres Wirtschaftslebens.

Bankerott der Flotten-Abrüstung Alle einig — im Ablehnen!

London. Der Marine-Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ glaubt, berichten zu können, daß die wichtigen Punkte des britischen Planes zur Begrenzung der Seerüstungen unanahgig und Widerstand gefunden haben.

Der Vorschlag, die Tonnage der Großkampfschiffe herabzusetzen, sei endgültig verworfen worden. Die britische Forderung, die Tonnage der Kreuzer auf 7000 Tonnen zu beschränken, die Frankreich, Italien und Japan zusagten, sei von Amerika endgültig abgelehnt worden. Für Kreuzer bleibe es also bei einer Höchst-

grenze von 10.000 Tonnen und einer Höchstbewaffnung mit 20-Zentimeter-Geschützen.

Die englischer- und amerikanischerseits angeregte Abschaffung der U-Boote wurde von Japan und Frankreich abgelehnt. Von einem Vorschlage auf Herabsetzung der Tonnage der U-Boote auf 600 Tonnen wolle die amerikanische Abordnung auch nichts wissen. Weitere kritische Vorschläge, die sich auf die Beschränkung der Zahl der Seesleute und auf Begrenzung der Zahl der auf Schiffen untergebrachten Flugzeuge beziehen, seien, falls sie vorgebracht würden, ebenfalls einer Ablehnung sicher.

Nach halbamtlichen Meldungen aus Tokio soll Japan grundsätzlich bereit sein, an die Stelle des Washingtoner Abkommens über die Marine-rüstungen einen neuen Vertrag zu setzen. Allerdings wird betont, daß Japan an der Forderung festhalte, daß der Schlüssel im Verhältnis der drei großen Seemächte (England, Vereinigte Staaten, Japan), der bisher 5:5:3 war, zugunsten Japans geändert wird. Ferner verlangt Japan das Verbot der Angriffswaffen (Flugzeugmutter-schiffe), aber Beibehaltung des U-Boots als „Verteidigungs-waffe“. Da der Hauptkonkurrent Japans

zur See, Amerika, vorzüglich über Angriffswaffen verfügt und seine Stäcke in Flugzeugmutter-schiffen riesigen Formats hielt, andererseits kein Interesse daran hat, daß Japan mit seinen zahlreichen insularen Stützpunkten von Sachalin bis zum Sunda-Archipel eine große U-Boot-Flotte habe, da es mit dieser „Verteidigungswaffe“ unter Umständen die asiatische Festlandsküste, chinesische wie russische Häfen, gegen Amerika absperrern kann, erscheinen Abrüstungsverhandlungen auf dieser Basis wenig aussichtreich.

Anschlag gegen König Boris?

Höllmaschine auf dem Tender des Hofzuges

Sofia. Wie der Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ in Sofia zu berichten weiß, soll auf den Eisenbahnzug, in welchem Zar Boris von Bulgarien von Sofia nach Warna reiste, ein Bombenanschlag verübt worden sein. Der König sei unverletzt geblieben.

Nach diesem Bericht soll auf dem Kohlentender des Zuges eine Höllmaschine verborgen gewesen sein, die bei Strezica, ungefähr 130 Kilometer von Warna entfernt, explodiert sei. Der König, der sich bekanntlich häufig aus Liebhaberei als Lokomotivführer betätigt, habe sich auf den Trittbrettern des fahrenden Zuges zur Lokomotive begeben, und den Zug veranlaßt sofort zum Stehen gebracht, da der Lokomotivführer durch das Attentat ver-mun-det worden sei.

Später habe man bei der Durchsicherung des Kohlentenders noch die Ueberbleibsel einer Uhr aufgefunden, durch die vermutlich die Höllmaschine ausgelöst worden war. Man nimmt an, daß die Bombe bereits in Sofia in den Kohlentender des königlichen Zuges gelegt worden ist. Unter dem gesamten Eisenbahnpersonal und auch in kommunistischen Kreisen sollen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden sein.

Nur ein zufälliger Brand?

Der Sofioter Korrespondent der „Agence Havas“ schildert den Vorfall, welcher sich beim Hofzuge ereignete, folgendermaßen: König Boris begab sich mit der Königin aus Sofia nach ihrem Eise Curzinograd an den Ufern des Schwarzen Meeres. Auf der Fahrt brach ein Brand auf der Lokomotive aus, der aber rasch gelöscht wurde. Bei der Löschung hatte sich der Lokomotivführer die Hand verbrannt. An der Löschung des Brandes nahm auch der König teil, welcher dem Lokomotivführer in seinem Wagon führte und sich dort um den Verletzten bemühte. Dann übernahm König Boris persönlich die weitere Führung des Zuges bis nach Warna.

Der Brand wurde angeblich nur durch einen Zufall verursacht und es könne nicht von irgendwelchen bösen Absichten gesprochen werden.

Die amtliche bulgarische Telegrafagentur bestätigt, daß der Brand im Tender der Lokomotive des Zuges, mit welchem König Boris und Prinz Cyril nach Warna fuhren, durch einen unglücklichen Zufall entstand und daß von irgendeinem Attentat in diesem Falle nicht gesprochen werden könne.

Frankreich erklärt:

Schutz den Menschen und ihrem Eigentum im Saarland

Paris. (Havas.) Die in der Auslandspresse veröffentlichten Informationen, daß die französischen Militärbehörden bereits alle erforderlichen Maßnahmen getroffen hätten, daß einem eventuellen Versuch der Regierungskommission für das Saargebiet entsprochen werde, erfordern eine Klärung:

Best entschlossen, daß die Bestimmungen des Versailler Vertrages über das Plebiszit im Saargebiet präzise durchgeführt werden, beabsichtigt Frankreich in keiner Weise auf die Abstimmung der Saarbevölkerung, der vollkommene Freiheit verbürgt sein soll, einen Einfluß auszuüben. Vollzeimassnahmen, die die Verwendung französischer Militärkräfte erforderlich machen, könnten nur zur Erfüllung der internationalen Verpflichtungen in Anwendung gebracht werden, die durch die Resolutionen des Völkerbundes aus den Jahren 1925 und 1926 für Frankreich entstanden sind, sowie auf ein formelles Ersuchen der Regierungskommission im Saargebiet, welche eine internationale verantwortliche Organisation unter Autorität des Völkerbundes darstellt und deren Aufgabe es ist, daß die Ordnung gewahrt und daß „unter allen Umständen der Schutz der Personen und des Eigentums im Saargebiet gewahrt werde“.

Wie Deutschland aufrüstet

Paris. „Petit Journal“ stellt fest, daß der deutsche Vorschlag für das Jahr 1934 die Kredite für die Nationalverteidigung Deutschlands, verteilt in den Kapiteln der verschiedenen Ministerien enthalte. Diese Kredite bilden ein Drittel des gesamten Budgets, was das Blatt für eine sehr bezeichnende Erscheinung hält. Das Blatt behauptet weiters, daß Deutschland über 2400 Großflugzeuge verfügt und daß sämtliche Flugzeuge der Luftwaffe in Laufe einer Stunde in Militärflugzeuge umgewandelt werden können. Spätestens bis Ende des Jahres 1935 hat Deutschland 600 Flugzeuge und 1600 600-HP-Motore bestellt. 300 dieser Flugzeuge sind für schwere Bombardierung ausgerüstet.

Doumergues Staatsreform

Votorecht des Senats gegen Kammer-Auflösung

Paris. Der samstäigige Ministerrat wird den Text des Staatsreformentwurfes zu Ende beraten. Durch den Entwurf wird dem Senate das Vetorecht bei der Entscheidung über die Auflösung der Kammer im ersten Jahr nach deren Wahl gewahrt. In einem späteren Zeitpunkt wird über die Auflösung der Kammer der Präsident der Republik selbst mit dem Ministerpräsidenten entscheiden. In dieser revidierten Verfassung wird auch die Rolle des Ministerpräsidenten als Regierungschef gesetzlich anerkannt werden.

Der Staatsreformentwurf wird der Kammer sofort bei ihrem Zusammentritt zur Herbstung vorgelegt werden. Infolgedessen könnte die Nationalversammlung in Versailles in der zweiten Hälfte des Monats November zusammentreten.

Keine Ruhe der Jesuiten in Spanien

Madrid. (Tsch. P. B.) In Barcelona beschossen Aufständische einen Privatkrankenwagen, in dem ein Fabrikbesitzer und drei Begleiter saßen. Ein Insasse des Wagens wurde getötet, die anderen drei wurden schwer verletzt. In der Nähe befindliche Polizeiposten eröffneten sofort das Feuer auf die Angreifer, die jedoch in einer Kraftdroschke unerkannt entkommen konnten. Es handelt sich um einen Mordanschlag gegen den Fabrikbesitzer, der unorganisierte Arbeiter eingestellt hatte.

Und die Aufständischen?

Madrid. (Tsch. P. B.) Nach einer Mitteilung des spanischen Ministerpräsidenten betragen die Verluste der Wehrmacht bei den Kämpfen in Asturien 220 Tote, über 143 Verwundete und 46 Vermisste. Unter den Toten sind 22 Offiziere und 25 Unteroffiziere.

Gömbös Sonntag in Wien

Wien. Der ungarische Ministerpräsident Gömbös trifft am Sonntag in Wien ein. Es ist nur ein einseitiger Aufenthalt vorgesehen und der Ministerpräsident wird in der Nacht auf Montag nach Budapest zurückkehren.

Arbeiter-Turn- und Sportverband

Sitz Aussig a. E.

Alle unsere Mitglieder beteiligen sich am Sonntag, den 1. November, an den Stundgebungen der Partei.

Konferenzen, Versammlungen, Spiele und sonstige sportliche Veranstaltungen während der Zeit der Demonstrationen sind verboten. Während der anderen Zeit dürfen Spiele vor allem nur dann stattfinden, wenn dadurch die Teilnahme der Spieler an den Stundgebungen nicht behindert wird.

Wir halten es für eine Selbstverständlichkeit, daß sich die Genossen darnach richten.

Die Bundesleitung.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter

Wir haben vor einiger Zeit über eine Entscheidung der Landesbehörde in Böhmen berichtet, durch welche das Koalitionsrecht der Arbeiter schwer bedroht wurde. Die Landesbehörde hat in einem Falle eine Uebertretung des Artikels 3, Absatz 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1927, Zl. 125, darin erklart, daß ein Arbeiter mit einigen Genossen in einer Ortschaft herumfuhr und die auf den Bauten beschäftigten Arbeiter aufforderte, die Arbeit niederzuliegen. Darin erklarte die Landesbehörde eine unzulässige Handlung an öffentlicher Stelle, welche mit Rücksicht auf die möglichen Folgen die öffentliche Ruhe und Ordnung bedroht habe. Aus der Entscheidung geht hervor, daß der betreffende Arbeiter nicht anders tat, als andere Arbeiter zur Teilnahme am Streik aufzufordern.

Wenn diese Entscheidung allgemeine Geltung erlangt, so ist damit das Streikrecht der Arbeiter begraben. Ein Recht, das sich die Arbeiter vor nicht als 60 Jahren gegen die damalige halbabsolutistische österreichische Regierung erkämpften und das heute noch Gesetzeskraft hat, wird durch eine einfache Entscheidung der Landesbehörde beseitigt.

Unsere Senatsfraktion hat nun eine Interpellation überreicht, in welcher sie auf diesen Tatbestand hinweist und die Regierung aufforderte, Abhilfe zu schaffen. Diese Interpellation wurde nun vor wenigen Tagen vom Minister des Innern beantwortet. In dieser Antwort heißt es wörtlich:

Es ist selbstverständlich, daß die aus dem Koalitionsrechte sich ergebenden Berechtigungen nur in den Grenzen der sonst geltenden Normen, somit auch des Gesetzes Nr. 125/1927 Z. d. B. u. S. angewendet werden können.

Wenn daher das Bezirksgericht als erwiesen annahm, daß Klmit zur Einstellung der Arbeit in unzulässiger, öffentliches Vergernis erregender und die öffentliche Ruhe und Ordnung störender Weise aufgefordert hat, so kann keine Bestrafung in feiner Weise bemangelt werden. Insofern allerdings aus der Entscheidung des Landesamtes hervorgeht, daß diese Behörde gerade in der Aufforderung zum Streik an und für sich eine ungebührliche, mit Rücksicht auf die möglichen Folgen die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdende Handlungsweise erklart hat, wäre es nicht möglich, dieser Begründung zustimmen. Daraus wurde das Landesamt aufmerksam gemacht.

Da nun die Landesbehörde die Beurteilung lediglich darauf stützte, daß der betreffende Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit aufforderte, ohne daß sie auch nur behauptet, daß diese Aufforderung in unzulässiger, öffentliches Vergernis erregender und die öffentliche Ruhe und Ordnung störender Weise erfolgte, wird die Landesbehörde durch diese Antwort des Ministers des Innern vollständig desavouiert und das Ministerium stellt den gesetzlichen Zustand wieder her.

Wir geben unserer Genugtuung darüber Ausdruck, daß es gelungen ist, diesen schweren Anschlag auf das Koalitionsrecht der Arbeiter abzuwehren, und geben dem Wunsche Ausdruck, daß überall, wo ein ähnlicher Versuch gemacht wird, sofort mit allen Mitteln gegen denselben eingeschritten wird.

Unter gar keiner Bedingung ist die Arbeiterschaft bereit, sich ihre wohlverordneten Rechte von der Bürokratie wieder nehmen zu lassen, die ihrerseits offenbar erst lernen muß, bestehende Gesetze einzuhalten.

Die Landbändler und der Fall Türmer. Die landbändlerische Presse behauptet, daß der Karlsbader Kreisführer Türmer nicht aus politischen Gründen entfernt worden sei, sondern wegen gewisser Verfehlungen. Die man auch gerichtlich abhängig machen werde. Es scheint aber, daß man die Verfehlungen des Kreissekretärs, die an sich ja auch von den übrigen Zuzuhörern abgelesen werden können, als Vorwand benutzte, um einen Hader-Mann an die Spitze des Kreises zu bringen. Die unter einem vorgebrachten Botenunterstützung für Haders absolute demokratische Loyalität machen diese Version glaubhaft. Denn wenn der neue Mann in Karlsbad ungefähr so demokratisch und loyal wie Hader ist, dann weiß man ja Bescheid!

Verzweiflungskampf gegen den Industrietod

Um das Schicksal der Glasfabrik Holeischen

Wieder soll dem Industrietoden ein modern eingerichteter Glasbetrieb zum Opfer fallen, die Spiegelglasfabrik Holeischen. Seit einem halben Jahre schon geben die Bemühungen der beteiligten Unternehmer und des internationalen Spiegelglasartikels dahin, das Werk in Holeischen aufzulassen und die Produktion nach Schwaz bei Wien zu verlegen. Die betroffenen Arbeiter und Angestellten und ihre gewerkschaftlich-politischen Vertretungen leisten diesen Plänen erbitterten Widerstand. Ihren Gegenargumenten konnten sich auch die beteiligten Ministerien nicht verschließen und so ist dem Ansuchen um Bewilligung der Stilllegung in Holeischen und der Fusion mit Schwaz vorerst nicht entsprochen worden.

Die beteiligten Kapitalisten denken aber anscheinend nicht daran, sich der Autorität der Staatsgewalt zu beugen. Nachdem in Holeischen belgisches Kapital beteiligt und an der Verschmelzung interessiert ist, nahm der Kampf zuletzt eine ernste Wendung an.

Die belgische Rechtsregierung drohte geradezu ultimativ mit der Ausweisung von 2000 in Belgien beschäftigten tschechoslowakischen Bergarbeitern, falls unsere Regierung den Absichten der Holeischer Firma weiter Widerstand leistet.

Mit Hilfe dieser Drohung, die wohl einzig in ihrer Art dasteht, sollten die betroffenen Menschen und mit ihnen die Regierung einer Diktandlung gefügig gemacht werden.

Zur Ehre des Fürstorgeministers Dr. Weizsäcker kann aber gesagt werden, daß er dem Treiben der Industriemagnaten nicht zustimmen wird und entgegensteht. Wie wir erfahren, fanden

gestern unter den zuständigen Ressortministern Verhandlungen über die Frage Holeischen statt, die aber zu keiner Einigung führten.

Unter dem Druck des belgischen Einschreitens ist damit zu rechnen, daß das Handelsministerium die abermals angemeldete Betriebsstilllegung in Holeischen nicht mit einem weiteren Verbot beantwortet wird. Damit ist aber die Angelegenheit noch lange nicht erledigt. Herr Weizsäcker in Schwaz, der die Holeischer Produktion im Rahmen einer neuen Gesellschaft an sich reihen will, braucht vom Handelsministerium sowohl die Bewilligung der Fusion als auch des neuen Gesellschaftsvertrages. Das ist eine innerpolitische Entscheidung, in die uns die belgische Regierung, wenn sie nicht alle Formen des zwischenstaatlichen Verkehrs mißachten will, nichts dreinzureden hat.

Damit hat das Handelsministerium neuerlich das Wort.

Es möge sich bei seinen Entscheidungen dessen bewußt sein, daß nicht nur das Schicksal von tausend Menschen, sondern auch das Prestige des Staates auf dem Spiele steht. Man muß offen den Wunsch aussprechen, daß auch der Herr Handelsminister in solchen Fällen die gleiche Zähigkeit und Kadenteife aufweisen möge, wie der Fürstorgeminister.

Einmal muß die Konzentrationspolitik des Unternehmertums in die Schranken der allgemeinen Interessen verwiesen werden, wenn die Geduld der Arbeiter und Angestellten nicht zum Zerreißen angespannt werden soll!

Tagesneuigkeiten

Maschinengewehre und Tränengas gegen Arbeitslose

Amerikanischer Winterbeginn.

New York. In Albany im Staate New York kam es zwischen Polizei und etwa 230 Erwerbslosen zu einem schweren Zusammenstoß. Die Arbeitslosen waren auf fünf Lastwagen aus New York eingetroffen, um der Regierung Forderungen für Hilfenmaßnahmen während des Winters zu unterbreiten. Der Zusammenstoß zwischen

Arbeiter-

der Polizei und den Demonstranten erfolgte auf der Brücke über den Hudson-Fluß, die in die Stadt führt. Die Arbeitslosen widersetzten sich den polizeilichen Anordnungen und wollten eine Durchsicherung der Wagen verhindern. Sie sprangen von den Wagen ab und versuchten, die Polizeikette zu durchbrechen. Nach einem äußerst heftigen Kampfe wurden die Teilnehmer des Hungermarsches zurückerzogen. Es gab zahlreiche Verletzte. Etwa 20 Verwundete mußten ins Krankenhaus gebracht werden. 45 Personen wurden verhaftet. Wie die Polizei mitteilt, sind bei den festgenommenen Waffen gefunden worden. Auf die Nachricht, daß sich eine weitere Erwerbslosengruppe auf einem Hungermarsch aus Buffalo einem anderen Stadteile näherte, wurde sofort ein größeres Polizeiaufgebot mit Maschinengewehren und Tränengasbomben eingesetzt.

Denver. Etwa 400 männliche und weibliche Streiktagelöhner versuchten die Einstellung der Bundesposthandarbeiten am South Platte-Fluß in Colorado zu erzwingen. Die Polizeibeamten, die mit Steinwürfen empfangen wurden, trieben die Agitatoren mit Schreckschüssen auseinander. Etwa 30 Personen, darunter fünf Polizisten, wurden verletzt.

Einbrecher verübt Selbstmord

In Leschitz gab es in der Nacht auf Mittwoch nicht geringe Aufregung. Die Hauslerin B. e. hatte in der Abendstunde ein verdächtiges Geräusch auf dem Dachboden gehört, dem sie zunächst keine besondere Aufmerksamkeit schenkte. Erst als das Geräusch immer wieder vernnehmbar war, schloß sie Verdacht und wollte auf dem Dachboden nachsehen. Schon vor der Tür sah sie einen Mann, der bei dem Erscheinen der Frau sich in eine Ecke drückte. Die Frau war geistesgegenwärtig, sperrte die Tür ab, eilte vor das Haus und schlug Alarm. Nicht bald hatte sich eine große Menschenmasse versammelt, die gegen das Haus vorging. Mitten in dem Lärm, den die Menschenmenge verurteilte, hörte man einen Schuß. Als man unter allen Vorsichtsmaßnahmen den Dachboden betrat, sah man im Schein der Lampe mitten in einer Blutlache einen unbekannten Toten.

Die Gendarmepatrouille, die inzwischen eingetroffen war, stellte fest, daß es sich um einen gewissen Rudolf Popovsk handelt. Der 38jährige Einbrecher, der schon einige Vorstrafen hinter sich hat, war kurz vorher mit dem Prager Zug angekommen. Was ihn nach Leschitz geführt hat,

konnte nicht mehr festgestellt werden. Bei dem Toten wurde ein Revolver, eine große Menge Patronen und 200 Kč gefunden. Daß er schon vorher irgendwo „gearbeitet“ hatte, geht daraus hervor, daß bei ihm eine große Anzahl Uhren gefunden wurden, die offenbar aus Diebstählen herührten.

Die Fliegerkatastrophen

Washington. Wie das Marineamt mitteilt, stießen bei den Flottenmanövern westlich der Panamafanalzone zwei Marineflugzeuge vom Flugzeugmutterstift „Lexington“ am Rande einer Wolkenschicht zusammen. Ein Flugzeug stürzte ins Meer. Die beiden Insassen wurden getötet. Das andere Flugzeug konnte mit beschädigten Tragflächen auf der „Lexington“ landen. Der Unfall ereignete sich sechs Meilen vom Flugzeugmutterstift entfernt.

Jahrbuch

So fing es auch anderswo an... In Prag hat es Dienstag abends einen Theaterfandal gegeben. Im Befreiten Theater der beiden bekannten Komiker Vokšovec und Weich hatten sich etwa 20 Burischen eingefunden, die mit Kindertrumpeten, Stinkbomben und Knallerbsen ausgerüstet waren. Sie hatten ihre Ueberröde außerhalb des Theaters deponiert, ein Zeichen, daß sie mit der Absicht zu stören gekommen waren. Zuerst hörten sie die Aufführung der satirischen Revue „Der Henker und der Narr“ nur durch Zurufe, die von den Autoren und Hauptdarstellern von der Bühne aus witzig beantwortet wurden. Das ärgerte die Herrchen und sie gingen nun dazu über, ihre geistige Ueberlegenheit mit Stinkbomben zu beweisen, also mit jenem Werkzeug, das bei den Faschisten aller Länder das Gehirn erseht. Die Vorkriegsregierung mußte unterbrochen werden. Polizei griff ein, 16 Ruhestörer wurden festgenommen, es sind durchwegs Studenten, die anscheinend nichts Besseres zu tun haben, als für eine Ordnung zu demonstrieren, die auch in Deutschland durch randalierende Akademiker ihre ersten Schlächten schlagen ließ und die heute den Studenten mit Zwangskasernierung und härtestem Druck dankt. Es war wieder eine — nicht die erste, aber eine der eindringlichsten — faschistische Demonstration gegen demokratisch gesinnte Künstler, gegen eine gesunde reinigende Satire, es war also eine Warnung. Unter den 20 Burischen steden die wahren Interessenten, die Geldgeber und politischen Hintermänner. Man braucht nicht lange zu suchen, um sie zu finden, der Beifall, den die Stfibrnpresse den „Helden“ spendet, spricht deutlich genug. Auch der Umstand, daß die Demonstration just da einsetzte, als ein Kranz in den hitlerdeutschen Farben — natürlich in satirischer Absicht — auf die Bühne gebracht wurde, zeigt, daß die Demonstranten aus dem Dittler-Henlein-Stfibrnp-Lager kamen. So fing es überall an. Wird man die Zeichen der Zeit begreifen? Wird man es wagen in die Domänen einzubrechen, in denen die Stfibrnp und Domin bestimmen, was „national“ ist?

Ziehung der Klassenlotterie

(Unverbindlich.)

Prag. Bei der Mittwoch-Ziehung der 3. Klasse der 31. tschechoslowakischen Klassenlotterie wurden nachfolgende Gewinne gezogen:

- 20.000 Kč: 56524, 50095, 56912;
10.000 Kč: 97993, 77812, 10355, 92427, 34974, 4017;
5000 Kč: 41885, 37502, 93683, 95958, 99636, 81886, 88819, 46924, 87431;
2000 Kč: 63315, 97401, 18842, 40635, 48053, 78961, 107105, 94904, 97563, 104218, 2053, 102619, 6926, 5045, 80311, 43996, 69543, 3158, 84628, 23285, 58455, 45815, 1271, 16095, 79917, 62194, 55434, 28486, 36492, 19724, 90501, 38736, 8615, 53250, 87699, 59362, 74974, 66507, 50989, 101414, 45759, 20252, 11781, 40660, 96055, 87403, 17320, 61581, 6418, 26461, 93960, 44189, 55878, 64912, 18105, 55868, 43465, 79163, 91446, 68057, 57160, 62107, 69437, 59040, 49916, 28517, 35128, 89946, 8644, 57571.

Wird man das Uebel in den nun immerhin schon recht kräftigen Anfängen bekämpfen oder wird man der Ausbreitung der faschistischen Zeuche im tschechischen Lager weiter untätig und in steter Angst vor dem Terror der Stfibrnp-Presse zuschauen? Die Demokratie wird von ihren Begnern selbst gewarnt, sie hat allen Grund, der Warnung zu achten!

Der Prozeß um die Zionistischen Protokolle ist vertagt worden, da das Gericht einen Antrag der Beflagten (Kazi) auf Zulassung eines neuen Experten angenommen hat. Es scheint sich freilich um einen Verschleppungsantrag zu handeln. Die Kazi wollen den frischen Eindruck des Beweisverfahrens betrischeln und kommen plötzlich mit Beweisunterlagen, die sie längst hätten stellen können.

Eine Frau als Doppelmörderin. Am Dienstag abends wurde die Nordkommission des Kriminalamtes Dresden nach Bannewitz gerufen. Dort hatte in ihrer Wohnung die 35jährige Ehefrau Helene Schneider ihren zehnjährigen Sohn und ihren 70 Jahre alten Schwiegervater durch mehrere Stiche in Kopf und Rachen getötet. Die Frau selbst hatte sich ebenfalls schwere Verletzungen beigebracht. Sie wurde in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus übergeführt. Die Tat dürfte sie in krankhaftem Zustande ausgeführt haben.

Zum Plan eines regelmäßigen Seppelinluftschiffdienstes zwischen Europa und den Vereinigten Staaten wird noch bekannt, daß das amerikanische Marineamt Dr. Edener die Vermutung der Flugpläne von Lakehurst und Miami als Stationen für die im nächsten Sommer beginnenden Atlantikflüge des neuen Seppelinluftschiffes „R 329“ gestützt hat. Die Landungsstellen seien jedoch zu erstaten. Die in dem klimatisch günstigen Florida gelegene Station Miami würde nur benutzt werden, wenn die Witterungsverhältnisse eine Landung in Lakehurst unmöglich machen. Der Vorsitzende der amerikanischen Schiffahrtsbehörde, Admiral Cone, befrä-

1935!

wortet den Bau von Großluftschiffen für Handelszwecke an Stelle des jetzigen Wettbewerbs im Bau von Riesen dampfern. Anstatt einen Riesen dampfer wie die englische „Queen Mary“ zu bauen, dessen Kosten sich in den Vereinigten Staaten etwa um 50 Prozent höher stellen würden als in Europa, könnte man fünf Luftschiffe mittami den dazu nötigen Landungsplätzen erbauen.

Die Erschließung des Kaukasus. Heute wird die erste, 57 Kilometer lange Straße zwischen Barmascho und Ananur, einer Station auf der georgischen Militärstraße, der Öffentlichkeit übergeben. Die Straße führt durch eine hochgelegene Gebirgsgegend im Kaukasusgebiet, das sieben Monate im Jahre mangels gangbarer Wege von der Welt abgeschlossen ist.

Französische Akademie beerbt Barthou. Außenminister Barthou hat zu seinem Universalerben die Französische Akademie eingesetzt, deren Mitglied er belianisch gewesen ist. Die Französische Akademie gelangt dadurch u. a. in den Besitz der belianischen Sammlungen Barthous, deren Wert auf mehr als 50 Millionen Französisch geschätzt wird. Der Minister war ein großer Philophile und besah insbesondere auf diesem Gebiete wertvolle Sammlungen.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag:

- Prag, Sender L: 10.10: Schallplatten, 12.10: Schallplatten, 13.35: Arbeitsmarkt, 15.55: Tanzmusik, 16.45: Tschechischer Sprachkurs für deutsche Hörer, 17: Konzert des Liedtrio-Quartetts, 18.20: Deutsche Sendung, Redakteur Schmirgalek: Sportvorschau, 18.25: Stellung des Ministerpräsidenten in unserer Zeit, 19.25: Violinkonzert, 10.05: Tanzmusik, Sender S: 14.25: Leichte Musik, 15.05: Deutsche Sendung: Halbe Stunde für die Frau. — Brünn: 12.10: Arbeitsmarkt, 12.35: Orchesterkonzert, 18.20: Deutsche Sendung: Sportbericht. — Freiburg: 18.10: Violinkonzert, 19.10: Konzert des russischen Balalaikaoberleiters. — Kaschau: 19.30: Orchesterkonzert.

Begen Kauschgiffthandels hingerichtet

Beking. In der Provinz Fuzien wurden zwei Kauschgiffthändler zum Tode verurteilt, die ihr Gift hauptsächlich in den Schulen umgibt hatten. Das Urteil wurde öffentlich vollzogen. Die beiden Verbrecher hatten bereits mehrere Verurteilungen wegen dieses verbotenen Handels auf dem Kerbholz.

Widerstand gegen die Sterilisierungen

In einem Punkte ist das Dritte Reich virtuoshaft tüchtig, nämlich sich selbst Schwierigkeiten zu schaffen. Dazu gehören die Sterilisierungen, die auf einen wachsenden Widerstand stoßen und die ohnehin nicht gerade rosige Stimmung im Volke verschlechtern. In Halle sollen über 600 Kinder sterilisiert werden. Die Eltern wehren sich verzweifelt gegen diese Maßnahme. In den Sprechzimmern der Sterilisierungsbüros kommt es unaufhörlich zu Zusammenstößen. Laut jammernde Frauen verursachen Straßenaufäufe und protestieren empört. Beamte des Gesundheitsamtes werden bedroht, so daß Ueberfallmordanklagen der SS alarmiert werden mußten. Eine Frau bekam Schreikrämpfe und erklärte, ihr Kind sei nicht krank, sondern nur durch Unterernährung zurückgeblieben. Bei besserer Ernährung werde es von selbst kräftiger werden. Ein Mann drohte, sich mit seiner ganzen Familie aufzuhängen, ehe er seine Kinder zu Idioten machen lasse. Andere wieder führen religiöse Argumente ins Feld. Nachdem die ersten fünf Kinder — es waren Waisenkinder — sterilisiert worden waren, erhielt der Stadtrat über 100 Drohbriefe. Angesichts der ungeheuren Zahl der Fälle, die vorgefallen sind, ist in Halle eine förmliche Panik ausgebrochen. Unter den Kindern überwiegend übriges die Mädchen. Zu diesen Kindern kommen noch weit über 1000 Erwachsene, denen das gleiche Schicksal zugedacht ist.

Aus weiteren Berichten über diese Vorfälle in Halle geht hervor, daß eine Frau in ihrer Empörung die Wohnung des verantwortlichen Arztes zu demolieren begann. Sie wurde auf den Ueberfallwagen geschleppt und geht einer schweren Verurteilung entgegen, denn weil das Kind natürlich doch sterilisiert werden wird. In einer Straße sammelten sich zahlreiche Menschen und riefen, man mache das mit ihnen nur, weil sie in Berlin gestanden hätten. Andere erklärten, das sei der Dank, daß sie im Kriege geblieben hätten. Aus anderen Teilen des Reiches kommen ähnliche Nachrichten. In Stuttgart schob ein Familienvater auf einen Hausbesitzer weil dieser, als er mit seinem Nieter in Streit geraten war, seine zwei Kinder dem Sterilisierungsarzt benutzte.

Berschwörer oder Bittsteller?

Paris, 31. Oktober. Die Verlobte des Prinzen Georg von England, Prinzessin Marina von Griechenland, weilt gegenwärtig in Paris, um ihre Einkäufe für die bevorstehende Hochzeit zu vervollständigen. Die „Paris Soir“ berichtet, kürzten sich Dienstag abends, als sie ihr Hotel verließ, zwei Männer und eine Frau auf ihren Kraftwagen. Der Sicherheitsdienst nahm die Vortreffenden fest und brachte sie zur nächsten Polizeiwache, wo sie behaupteten, lediglich ein Anliegen an die Prinzessin gehabt zu haben. Waffen wurden bei den drei Verhafteten nicht gefunden, doch waren ihre Ausweispapiere nicht in Ordnung. Es handelt sich um einen gewissen Sulezar Abelian, seine 50jährige Mutter und einen gewissen Djemal Madanias.

Notlandung eines Militärpiloten

Prag. Das Ministerium für nationale Verteidigung teilt mit: Bei einem Flug von Prag nach Olmütz auf dem Jagdflugzeug Type S-20 war am Dienstag der Gef. Matloša vom Flieger-Regiment 2 infolge unglücklicher Witterung zu einer Notlandung unweit von Mähr.-Schönberg gezwungen. Das Flugzeug wurde hierbei beschädigt und der Pilot am Kopf und am Hüfte verletzt. Die Verletzungen sind nach dem Urteil der Ärzte leichter Natur. An den Ort des Unfalls begab sich sofort eine militärische Kommission aus Olmütz.

Ein Erdbeben von ungewöhnlicher Heftigkeit

ereignete sich in Waifu. Mehrere Häuser wurden zerstört. Das Erdbeben wirkte sich auch im Gebiete von Herbedschau aus, von wo ebenfalls zahlreiche Schäden gemeldet werden. Auch in Kabul waren Erdstöße zu verspüren.

Das Heilsuchen um die Ostbahn

Durch neue Meldungen über den Stand der Verkaufsverhandlungen der chinesischen Ostbahn wird behauptet, daß beide Teile sich über den Kaufpreis als solchen geeinigt haben. Meinungsunterschiede bestehen nur noch in Einzelheiten. Diese betreffen vor allem die Uebertragung der Eigentumsrechte, die Uebernahme des Inventars, die Sicherstellungsleistung für die Ratenzahlungen, die sich auf drei Jahre erstrecken sollen, die Fortsetzung der Sowjetunion, bestimmtes auf der Ostbahn befindliches rollendes Inventar zurückzubekommen und ähnliche Einzelfragen. Japan hat die Bürgschaft für die Zahlungen Mandchukuo noch nicht zugesagt wollen. Auch dieser Punkt wird noch einer Klärung bedürfen. — Der Kaufpreis besteht zu zwei Dritteln in rollendem Inventar. Ein Drittel wird in transferfreier Barzahlung geleistet werden. Der gegenwärtige reine Kaufpreis für die Ostbahn beträgt 140 Millionen Yen. Beim heutigen Stand des Yen sind das nur noch 45 Millionen Gold-

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich

Bereinbarung über den Warenaustausch abgeschlossen Kontingenterhöhung für die Einfuhr an die Tschechoslowakei gewährt

Die Handelsvertragsverhandlungen, die nahezu zwei Monate zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei geführt worden sind, sollten eine Wendung in den Handelsbeziehungen der beiden Länder herbeiführen.

Im Gegensatz zu der engen politischen Freundschaft, die die beiden demokratischen Republiken verbindet, haben sich auf wirtschaftlichem Gebiet immer mehr Spannungen herausgebildet.

Der tschechoslowakische Handel mit Frankreich hat für dieses Land bisher keine größere Bedeutung gehabt. Solange unserer Exportindustrie genügend andere Absatzmärkte offen standen, mochte diese Lücke nicht so fühlbar sein. Als aber unter den Auswirkungen der Krise der Außenhandel mit allen Ländern zusammenschrumpfte, wurde von der tschechoslowakischen Exportindustrie immer stärker die Forderung erhoben, daß

das uns politisch verbündete Frankreich sich uns auch wirtschaftlich verpflichtet fühlen müßte.

Doch konnte Frankreich diesem Verlangen gerade in dieser Zeit nicht leicht entsprechen, da seine Exportindustrien ja auch schweren Schlägen ausgeht waren und zum Ausgleich einen stärkeren Schutz für den inländischen Absatzmarkt forderten. Frankreich war unter den ersten Staaten, die die Kontingenterhöhung der Einfuhr zur Anwendung brachten.

Unter dieser Beschränkung der Einfuhr hat der tschechoslowakische Export nach Frankreich stark gelitten; vornehmlich die Ausfuhr von Textilien, Papier, Schuhe und Lederwaren. Es ist bekannt, daß in Frankreich die Wirtschaftskrise gerade in diesen Industrien starke Verwüstungen angerichtet hat; allein etwa 200 Textilfabriken sollen seit Beginn des Jahres 1934 geschlossen worden sein.

Für die Tschechoslowakei brachte diese französische Handelspolitik, mit der die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten des Landes bezugungen werden sollten, gewaltige Nachteile.

Die Ausfuhr schrumpfte in diesem Jahre von Monat zu Monat mehr zusammen und das tschechoslowakische Passivum wuchs immer größer.

Diese Entwicklung war deshalb noch bedenklicher, weil die Tschechoslowakei nicht nur im reinen Warenverkehr mit Frankreich im ungünstigen dasteht, sondern weil sie

gleichzeitig auch im Zahlungsverkehr mit Frankreich (Fremdenverkehr, Sinsen- und Schuldendienstleistungen) noch stark passiv ist.

So war es nur zu verständlich, daß von tschechoslowakischer Seite der Versuch gemacht wurde, die gegenseitigen Handelsbeziehungen, deren Grundlage der durch Zusatzabkommen wiederholt ergänzte Zollvertrag aus dem Jahre 1929 ist, einer Neuregelung zu unterziehen.

Die Verhandlungen, die in den letzten zwei Monaten zum größten Teil in Paris gepflogen worden sind, haben sich, das muß man offen aussprechen, außerordentlich schwierig gestaltet. Es wäre aber ganz falsch, etwa von einem mangelnden guten Willen der französischen Regierung zu sprechen. Vielmehr resultieren die Schwierigkeiten aus der Verschärfung der Wirtschaftskrise in Frankreich und daraus, daß es im wesentlichen die gleichen Industrien sind, die in Frankreich Schutz auf dem Binnenmarkt fordern, und die in der Tschechoslowakei eine härtere Ausfuhr nach Frankreich verlangen. Außerdem hat Frankreich einzelnen Ländern, wie Deutschland und England, gewisse Vergünstigungen gewährt, um für seine Warenausfuhr Vorteile einzutauschen. Die großen Länder sind dafür geneigter als die Tschechoslowakei mit ihrem viel weniger umfangreichen Absatzmarkt.

In den Verhandlungen hat schließlich auch der Außenminister Dr. Beneš beim französischen Handelsminister interveniert. Sie haben nun am 25. Oktober zu dem Abschluß einer Vereinbarung geführt, durch welche, so meldet das französische Telegraphenbüro Havas, Frankreich der Tschechoslowakei mittels angemessener Kompensationen eine Erhöhung der Kontingente gewährt. Diese Erhöhung wird im Rahmen der Global-Kontingente wahrscheinlich für Textilien, Schuhwaren, Papier u. dgl. erteilt. Außerdem sieht die Vereinbarung die Organisation bei der Durchführung der Kontingente fest und bestimmt die Verkaufspreise bestimmter aus der Tschechoslowakei eingeführter Erzeugnisse auf dem französischen Markt. Ueber den Umfang der Erhöhung des tschechoslowakischen Kontingents an der französischen Einfuhr wird nichts mitgeteilt.

Nach dem Stand kurz vor dem Ende der Verhandlungen ist zu schließen, daß er etwas mehr als zehn Millionen Kč vierteljährlich, also rund 50 Millionen Kč im Jahre ausmachen dürfte.

Es sind demnach diese Handelsvertragsverhandlungen nicht völlig ergebnislos verlaufen. Aber sie haben gezeigt, wie weit sich zwischen politisch verbündeten Staaten die wirtschaftlichen Gegensätze ausweiten können, die in dem kapitalistischen System, seiner Dauerkrise und in den kapitalistischen Abwehrmaßnahmen ihre Ursache haben.

Schönen des kapitalistischen Wirtschaftssystems

Die unsauberen Prämiengeschäfte einer Winkelbank Zwölf Klienten um 1.334.438 Kronen geprellt!

Prag. In der Dobruškastraße Nr. 26 hatte sich eine Firma niedergelassen, die sich nachträglich als „Bankgeschäft und Wechselstube, Generalrepräsentantin ausländischer Banken“ ausgab. In Wahrheit war das Unternehmen eine jener modernen Raubritterburgen, deren es noch immer mehr als genug gibt und die ihre Aufgabe darin erblicken, vertrauensvolle Leute bis zum vollständigen wirtschaftlichen Ruin auszulaugen.

Der Chef dieses famosen Unternehmens, der 41-jährige Eugen Tánzer, der Mitinhaber dem Grafenat Trositz und der Untersuchungsbehörde vorgeführt wurde, hat sich auf „Prämienengeschäfte“ spezialisiert, und zwar auf solche fragwürdiger Sorte. Reguläre Geschäfte solcher Art sind Hauptgegenstand der Börsenspekulation, aber diese, aus dem Osten kommende Bankier war gar nicht Mitglied der Börse. Die Anklage des Staatsanwaltes Dr. Cefak legt die Machinationen dieses Herrn eingehend dar.

Im wesentlichen handelt es sich bei solchen Geschäften darum, die Spekulationslust ahnungsloser Leute, die schnell und mühelos reich werden wollen, anzureizen. Dazu bedarf es natürlich tüchtiger, betrübter und mit einem robusten Geistes ausgestattet Agenten. Bankier Tánzer hatte deren drei, die gleichfalls mit ihm auf der Anklagebank saßen. Es sind dies der 29-jährige „Direktor“ Erwin Vah, ferner ein gewisser Daniel Hamlich und ein Friedrich Vojtechovitz.

Das „Geschäftsprinzip“ ist einfach. Man überredet darmlose Menschen, die von der Börsenspekulation keine Ahnung haben, ihre Ersparnisse, Wertpapiere usw. in „gewinnbringenden“ Spekulationsgeschäften anzulegen. Das Bankgeschäft übernimmt selbstlos alles weitere, so daß der künftige Millionär nichts weiter zu tun hat, als sein Geld herauszugeben und dann ruhig abzuwarten, bis er eines Tages als reichlicher Mann erwacht. Das Bankhaus kauft dann Aktien, die „teuflischer“ in den nächsten Tagen sprunghaft steigen werden oder kauft sie auch nicht und spegelt dem ahnungslosen Klienten den Ankauf nur vor.

Steigen die Papiere nun wirklich, so beschwört man das Opfer zu weiteren „Ordnern“ auf neue „Käufe“ angeblich noch gewinnbringenderer Papiere, die dann prompt katastrophal fallen. Natürlich haben die Geprellten meist keine Ahnung, von der Bedeutung ihrer „Ordern“. Die Schlussabrechnung läuft jedenfalls stets auf ein Defizit hinaus. Dabei handelt es sich fast durchwegs um fingierte Geschäfte. Der Winkelbankier hat überhaupt nichts gekauft, sondern lediglich das Geld ein-

gesteckt, um dann durch raffinierte Rechenkunststücke seinen Kunden klipp und klar zu beweisen, daß sie ihr Geld durch unglückliche Kurzbewegungen verloren hätten. Dabei beruft man sich auf die ihnen aufgeschwobenen „Aufträge“ und hat für ihre Klagen nur ein Adjektiv: „Ja! Wer reich werden will, muß riskieren und darf sich nicht beklagen, wenn's schief geht!“

In unserem Fall beträgt der Schaden 1.344.438 Kč. Die Geschädigten gehören den verschiedensten Schichten an. Ein Prohntiger Buchhändler wurde um 860.000 Kč gebracht; ein Student legte das väterliche Erbe — 88.000 Kč in guten Wertpapieren — in diesen „Spekulationen“ an und verlor es fast völlig. Ein Redressionsist hat seine Ersparnisse dieser Gesellschaft in den Rücken geworfen, ein Pfarrer ist schwer gerupft worden und selbst ein kleiner Beamter ist den sauberen Klienten und ihrem Chef zum Opfer gefallen. Die Machinationen dieser Typen zeichnen sich im einzelnen durch beispiellose Dreistigkeit aus. Wenn einer sein Geld zurückhaben wollte, erhielt er den Befehl, daß man neue Papiere für ihn gekauft habe. Der alte Lebrer wurde in nachschlafender Zeit aus dem Bett geholt und ihm eine „Ordnung“ diktiert, von deren Bedeutung er natürlich keine Ahnung hatte, die ihn aber ein ansehnliches Vermögen kostete.

Als sich die Strafanzeigen häuften, verduftete der feine Bankier Tánzer nach bewährten Mustern in die Schweiz, wurde aber auf Grund eines internationalen Stadtrates verhaftet und ausgeliefert. Bei der Verhandlung spielte er den ehrlichen Geschäftsmann, der nur die Aufträge seiner Klienten erfüllt habe. Sein Verschwinden war natürlich gar keine Flucht, sondern eine Geschäftskrise. Da zahlreiche Zeugen zu vernehmen waren, dauerte die Verhandlung bis gegen 10 Uhr abends, worauf der Gerichtshof den Fall vertagte.

Wer hat Dollfuss ermordet?

Eine kriminalistisch-politische Betrachtung

von Dr. Fritz Kreisler

76 Seiten Preis 5 Kč

Zu beziehen durch die Zentralstelle für das Bildungswesen, Prag XII., Slezská 13

Kolporteurs erhalten Rabatt

Zwanzig Jahre Kinderheim Das Werk der deutschen Genossinnen in Brünn

Das Kinderheim der deutschen sozialdemokratischen Frauenorganisation in Brünn begehrt am 3. November seinen 20. Geburtstag. Ich hoffe, daß sich zu diesem Ehrenfest die Gratulanten zahlreich einstellen werden. Auf keinen Fall möchte ich unter ihnen fehlen.

Ich will auch gleich sagen warum. Im Winter 1915/16 kam ich als kranker Soldat aus dem Felde nach meiner Vaterstadt Brünn zurück. In der Zeit meiner Konvaleszenz konnte ich das Heim unter Führung seiner Schöpferin und Leiterin, der Genossin Lili Tschob, wiederholt besuchen. Es bestand damals etwas über ein Jahr und befand sich noch im Künstlerhaus auf dem Glacis nächst dem Theater. Was ich dort sah und erlebte, hat mich zu einem begeisterten Freund dieses Unternehmens gemacht.

Der Weg von unserem sozialistischen Endzielgedanken zur Praxis sozialer Fürsorge ist uns Sozialdemokraten nicht leicht geworden. In den Jugendjahren der Partei und unseren eigenen haben wir auf die christliche Caritas und bürgerliche Wohltätigkeit geringerschätzig herab. Wir waren überzeugt — und sind es noch — daß die soziale Frage mit Suppenküchen nicht zu lösen ist. Was wir wollten und was wir bald zu erreichen hofften, das war die Abschaffung der Armut. Wir waren überzeugt — und sind es noch — daß es auf jeden Brot genug für alle gibt, und daß nur der Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft ein menschenwürdiges Leben der Massen verhindert. Wir waren überzeugt — und sind es noch —, daß eines Tages die Arbeit über das Kapital, die Menschlichkeit über die Barbarei, die Vernunft über alle Dummheiten, Torheiten und grotesken Verirrungen der Völker triumphieren wird. Was wir aber damals nicht sahen, das war die Weite des Weges, die Höhe der Hindernisse, die phantastisch unbegrenzte Möglichkeit der Zwischenfälle, Rückschläge, Katastrophen, mit denen der Übergang aus der alten Zeit in die neue verbunden war.

Der Weltkrieg, der große Zerstückler aller Illusionen, stellte uns auch auf allen Gebieten vor neue Aufgaben. Angesichts der Unermehlichkeit der Not, die zumeist unsere eigenen Genossen am härtesten traf, konnten wir das Werk der Velfämpfung dieser Not nicht mehr der Kirche und den bürgerlichen Wohltätigkeitsvereinen allein überlassen. Damals wurde, was später als Arbeiterwohlfahrt in Deutschland zu einer großen Organisation heranwuchs und was sich ähnlich auch im Gebiet der alten Monarchie entwickelte: eine neue Form sozialer Fürsorge, die aus dem Geist sozialistischer Solidarität entstand. Was sich hier darbot, war nicht mehr eine Wohltätigkeit von oben herab, sondern eine Hilfsbereitschaft zwischen Gleichen, Gleichgesinnten und Gleichführenden. Daß der eine noch zu seinem Glück imstande war, etwas zu geben, während sich der andere in der unglücklichen Lage befand, nehmen zu müssen, machte keinen so großen Unterschied mehr. Es wurde auch kein „Vergelt's Gott!“ und kein „Danke schön!“ verlangt. Die Tat trug den Dank in sich.

Aus solchem Geist ist das Kinderheim der sozialdemokratischen Frauenorganisation in Brünn entstanden. Die Mütter waren im Felde, die Mütter in der Fabrik. Die Kinder waren bei qualitativ und quantitativ ganz unzureichender Ernährung den ganzen Tag sich selber überlassen. Da griffen die Brüner Genossinnen ein. Sie schlangen mutig den Bettelack, legten selber zusammen, gaben ihre Arbeit her, kochten, nähten, plätteten, wuschen, sie holten sich die verlassenen Kinder, legten sie in einen warmen, bezuglichen Raum an sauber gedeckter Tische, sie erzogen sie zu Selbstdisziplin und Selbsterhaltung, indem sie die Größeren dazu anhielten, für Ordnung zu sorgen und den Kleinen beifällig zu sein. Sie gaben der munteren Schaar, die bald von Hunderten bis zur runden Tausend stieg, für Vater und Mutter, Heim und Familie und den häuslichen Tisch — ja, sie gaben ihnen für das alles freilich nur „Erlaub“, wie alles im Kriege „Erlaub“ war. Nur daß dieser „Erlaub“ nicht aus den Retorten der Chemiker stammte, sondern aus mütterlich empfindenden Herzen.

Zwanzig Jahre seitdem... Es war ein March durch die Wüste, durch Sturm und Not; die Kinder von damals sind die Arbeitslosen von heute und wieder Eltern von Kindern, die so Hilfsbedürftig sind, wie sie es einst selber waren.

Unsere tapferen Brüner Genossinnen aber haben ihr Werk verteidigt und fortgeführt. Sie haben zwanzig Jahre durchgehalten im Kriege der Menschlichkeit gegen das menschliche Elend und seine traurige, aufs härteste aus Herz greifende Form, das Kinderelend. Sie wissen sehr wohl, daß alles, was sie tun, Schwere und Risiko mit sich bringt, und daß nur eine aus dem Willen des Volkes erwachende totale Erneuerung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens imstande ist, das Hebel an der Wurzel zu fassen. Sie lassen sich aber durch diese Erkenntnis nicht zu einem lähmenden Fatalismus verleiten, sie leisten Gegenwartsarbeit um des Zukünftigen willen, sie bleiben Sozialistinnen und darum auch Optimistinnen. Sie glauben, es müßten sich trotz wachsender Schwierigkeiten, trotz steigender Ansprüche an die Opferbereitschaft jedes Einzelnen immer wieder Helfer finden, die ihnen die Fortsetzung ihres Werkes ermöglichen.

Wägen sie nicht enttäuscht werden!
Friedrich Stampfer.

PRAGER ZEITUNG

An die Prager Genossen und Genossinnen!

Am Sonntag finden sechs große Kundgebungen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung statt, in denen die Front der deutschen sozialistischen Republikaner formiert wird. Es gilt der politischen Öffentlichkeit der gesamten Republik, aber insbesondere der sudetendeutschen Öffentlichkeit zu zeigen, wie stark die demokratischen Kräfte im Sudetendeutschentum sind und daß die Massen der deutschen Sozialdemokraten bereit sind für ihre Heberzeugung alle Opfer zu bringen, daß sie bereit sind die demokratische Staatsform, die Grundlagen der Freiheit der Arbeiterbewegung zu schützen und zu verteidigen. Mit Macht und Kraft soll dem offenen und getarnten Faschismus entgegengetreten und muß die Säulastkraft jener Armeen gezeigt werden, die für die Demokratie und soziale Freiheit streiten.

Auch die Prager Genossen und Genossinnen sollen an jenem Tage zeigen, daß sie da sind, sie wollen den Genossen in der Provinz ihre Kampfbereitschaft erweisen. Es ist geplant, daß sich ein Teil unserer Genossen und Genossinnen an der Kundgebung in Bodenbach beteiligt. In diesem Zweck werden Kautobusse bereitgestellt. Neue Genossen und Genossinnen, die bereit sind ein kleines Opfer zu bringen und nach Bodenbach zu fahren, werden erjucht, dies bis längstens Freitag nachmittag dem Genossen Rittenhuber, Sec. Prag 11., Hügenerplatz 4, bekanntzugeben.

Mit sozialistischem Kampfspruch:
 Bezirksorganisation Prag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
 Schönfelder,
 Vertrauensmann.

Kunst und Wissen Die Schaufel

Ohne viel Aufhebens sei festgestellt, daß diese reizvolle deutsche Aufführung einer „Deflationssomnodie“ aus der Feder der Olga Scheinpflugowa höchst überflüssig war. Ob die Autorin mit ihrer „Schaufel“ nun scherzhaft oder ernsthaft ein anderes Symbol für die soziale Stufenleiter schaffen wollte, auf der die einen hinauf, die anderen hinunterpuzeln, um dann beiderseits wieder das Ungleichere zu erleben — der Versuch ist als mißlungen zu betrachten. Für dieses Märchen, das aber doch wiederum als Wirklichkeit zu nehmen ist, nämlich für die Geschichte von der Dame, die ihr Vermögen verliert und bezogenen Mühen bei ihrer bisherigen Mühen wird, weil diese nämlich im selben Augenblick Millionärin geworden ist, haben wir nicht einmal ein Schönes übrig. Und dadurch, daß die Tochter der Reichen den Sohn der Armen liebt und infolgedessen dann zwei Ate lang der Reichgewordene die Arme geworden, wird die Sache nicht besser. Und wenn man mit jedem Bild mehr die Minderheit und Schablonenhaftigkeit eines Baues sieht, in dessen drittem Teil der erste, und in dessen viertem Teil der zweite mit veränderten ungeschickten Vorzeichen wiederholt wird, so stellt sich zu dem Nipervergnügen die Langeweile ein. Es tut und leid, Frau Scheinpflugowa, daß wir einer Dame gegenüber so mißfällig sein müssen, und wir sagen in diesem Falle die Wahrheit auch deswegen nur ungerne, weil wir gerade zu einer schmerzlichen Autorin gern recht liebenswürdig wären. Aber der zweifelhafte Sinn der Scheinpflugowa für Mitleid, für gute Taten und für Sonntagsrecht in diesem Falle doch nicht zu einem guten Theaterstück. Frau Scheinpflugowa hat schon Besseres geschrieben. Und das Prager Deutsche Theater, dessen Bemühen um die tschechische Literatur anerkannt werden muß, hätte von dort ganz anderes, wirklich Wertvolles zu holen!

Ein wahres Glück, daß für die Mühen Marie Naševic die größte lebende Komikerin der deutschen Bühne, eine ihrer hervorragenden Schauspielerinnen zur Verfügung steht: Frau Werbezger ist auch in dieser Rolle von bewundernswürdiger Schauspielerkraft, Witz und Humor, und dabei wieder so freundlich-mütterlich warm, lachend wiederum ihre Pointen so unüberhörbar, daß dennoch auch hier dieser Abend nicht verloren war. Uebriens bemühen sich aber auch die gleichfalls passierende Willi Bader, deren komisches Organ und Wille man gerne neu bewährte, Frau Carpentier, die überaus begabte, die Herrin Radicek als unruhig über Naturbursche, Herr Dube! als zart und vornehm alter Freier und Herr Taub als sein mehr arbeiterförmiger Pantomime mit Erfolg, um dem Stück zu so etwas wie einem schwachen Erfolg zu verhelfen. Herr Max Rie, dem längst als gewohnt anerkannter Regisseur, dürfte es wohl kaum anzuweisen sein, daß in das auf Wienerisch hergerichtete Mitleid mit Elisebeth Wolf eine berlinerische und mit Pauline Winzler eine pragerische eine deutsch-böhmische Note hineingetragen wurde.

Ein Teil des Publikums applaudierte lebhaft und auch der Autorin Selbstenheit, sich dafür und für die wundervolle Leistung der Werbezger sowie für die bemerkenswerte Arbeit der anderen Künstler zu bedanken.

Eine Ehe m. b. S.

Die moderne Ehe erscheint uns nur insoweit ein Problem, als wir sie vom Standpunkte der Tradition oder der geltenden Gesetzgebung betrachten. Sonst entwickelt sich die Ehe als gesellschaftliche Institution parallel mit den übrigen Gesellschaftsformen. In dieser Hinsicht ist also das Lustspiel des bekannten Dramatikers und Schriftstellers Krantitzel Langer: „Ehe m. b. S.“ keinerlei Heberzeugung in der Reihe von Theaterstücken, die dieses Problem

von allerlei Seiten beleuchten. Die Ehe, aus der die Liebe und Leidenschaft schwindet und nur Geschäftsteilhaberschaft geblieben ist, ist eine allzualltägliche Erscheinung.

Das Lustspiel von fünf Akten — und es ist wahr, daß man mit diesem Thema keine fünf Lustspielakte aussonnt — zeigt die verschuldete Hauswirtschaft von Neureichen, deren drei Partner: Mann, Frau und Dienstmädchen Geschäfte entweder gemeinsam oder auf eigene Faust machen, ohne eine weitere Zusammengehörigkeit als das Interesse am Geschäft. Und das Verständnis dafür, das das Leben noch andere Seiten hat, die auswärts gesucht werden. Die unauflösbare Geschäftsschleife bringt die Menschen nur für wenige Augenblicke näher, der soziale Aufstieg bedeutet nur den Rückfall in den gesellschaftlichen Schlamm der sogenannten höheren Klasse.

Anbetend drängt sich hier der Vergleich auf mit „Verlobte“, dem stärksten Stück Krant. Langers, worin die Menschen, die ihre tiefsten Leidenschaften leben, sie mit vollem Preise bezahlen. Hier



Mary Oberon, die schöne Partnerin Douglas Fairbanks in dem Freitag erscheinenden Film „Das Privatleben des Don Juan“.

Sport • Spiel • Körperpflege Die Rote Sport-Internationale im Lichte der Wahrheit

Der Redakteur unserer Leser ist es sicher nicht bekannt, daß das Verhältnis der kommunistischen Sportler bei uns zu den Sowjetvorläufern ein sehr verwideltes und unklares ist. Es wäre ein großer Fehler anzunehmen, daß die Weiskämpfer und Spieler, welche die Sowjetunion repräsentieren, Bestandteil einer Sowjetisierung der Roten Sport-Internationale sind. Die RSI ist eine Organisation von politischer Bedeutung und ihr Einfluß macht sich nur gegenüber den ausländischen Sektionen geltend.

Die Körperkultur in der Sowjetunion wird von einem staatlichen Organ geleitet, welches den Namen „Oberster Körperkultur-Rat“ trägt. In dieser Institution hat die RSI weiter als zu unserem Ministerium für Gesundheitswesen und Körperkultur. Die RSI wird vom Geschäftspunkt politischer Manöver von der Zentrale der RSI aus geleitet, wo meistens Menschen sitzen, die mit dem Sport nichts gemein haben. Es sei bemerkt, daß die RSI lange Jahre hindurch überhaupt keinen technischen Leiter und von den Zielen und Grundfragen der neuen Körpererziehung in der Sowjetunion selbst keine nennenswerten Kenntnisse hatte. Die Prager RSI ist ein Teil dieser Zentrale, welche nichts zentralisiert. Die Körpererziehung in der Sowjetunion läßt sich durch politische Bedürfnisse nicht hemmen und treibt mit gigantischen Schritten vorwärts, ohne Rücksicht auf die Theorien und Resolutionen der unfruchtbarsten Kongresse der RSI. In die Leitung der RSI werden die Funktionäre von der kommunistischen Internationale delegiert und die Sowjet-Funktionäre in der Körperkulturbewegung sehen auf diese Institution von oben herab.

Es ist reiner Unfug und Charakterlosigkeit, daß den wahren Vätern der neuen russischen Körpererziehung von der RSI nur Achtachtung und politische Rücksicht zuteil wurden. Begründer und Bahnbrecher der physischen Kultur in der Sowjetunion ist unser Landsmann Professor Albert Antonowitsch Kuznetsov, ein gebürtiger Jurist, der Organisator und erste Rektor der „Staatsanstalt für Körpererziehung“ in Moskau war. Durch die politischen Demagogen aus der RSI wurde er vor Jahren seines Amtes beraubt und unverschämter verfolgt. In jener Zeit hat die RSI Professor Kuznetsov der Ehrenmitgliedschaft verlustig erklärt und anstatt ihm zu Hilfe zu kommen, haben ihn seine bisherigen Nachfolger noch mehr getrieben. Niemand kann sich die peinliche Verlegenheit der Führer der RSI vorstellen, als Professor Kuznetsov glänzend rehabilitiert wurde.

Wir halten es für unsere Pflicht, auf diese Tatsachen aufmerksam zu machen und zu betonen, daß der Sowjetvort und die Prager RSI zwei verächtliche Kapitel sind. Dem Sowjetvort wünscht jeder volle Entwicklung. Die RSI läßt am besten, wenn sie gemeinsam mit der RSI ihre Tätigkeit auffällig für immer liquidieren, denn ihre Führer wissen selbst nicht, daß der Sowjetregierung ihre Existenz fast unbekannt ist und im Wege steht.

Palästina zur Berliner Olympiade eingeladen! Das deutsche Olympiakomitee hat nun Palästina zur Nazi-Olympiade 1936 nach Berlin eingeladen. Diese Einladung zeigt die strapellose Demagogie der Hitlerleute. Jehnlaufende deutscher Juden sind aus dem Lande vertrieben worden oder schmachten noch in den Konzentrationslagern. Tau-

sind es Menschen der Vorstadt, die von Emporkömmlingen forumpiert die meistbelächelten Lustspielobjekte sind. Menschen, die mit Geld und Würde die Abfälle und den Abfall der bürgerlichen Kultur bezahlen: die abgetragenen Kleider, die abgemieteten Möbelstücke — vor deren Atem die herabgekommene Frau des Sträflings und Betrügers weicht.

Das Stück war auch durch Frau Sedláčková nicht zu reißen, der der Beifall und die Blumen galten. Eine bemerkenswerte Leistung war die des Dienstmädchens, der trotz Schamkeit doch betrogenen stillen Teilhaberinnen Viktoria der Frau Sedláčková. Das frische Vorstadtmädchen spielte Frau Sedláčková, aus den männlichen Rollen war nichts mehr herauszuholen, als geboten war.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag halb 8: Sensationsroman, halb 8: Die Augenotten, neuinszeniert, 8.1. — Freitag 7: Peer Gynt, 8.2. — Samstag 8: Die Schaufel: Gastspiel Werbezger, 8.1.

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag 8: Sundurb, 8: Nacht vor dem Ultimo. — Freitag 8:1: Doch klingt das Lied vom braven Mann. — Samstag halb 8: Das lebenslängliche Kind, Gastspiel Kramer.

„Erziehungs- und Propagandamittel der Gegenwart“

Ein kulturpolitischer Kursus des Bezirksbildungsausschusses der DSAV in Prag.

Der Bildungsausschuß der Bezirksorganisation Prag veranstaltet, anknüpfend an den im Frühjahr absolvierten Kurs „Kulturfragen des Sozialismus“ in den Monaten November und Dezember einen aus sechs Vorträgen mit anschließender Diskussion bestehenden Zyklus

Erziehungs- und Propagandamittel der Gegenwart.

Der Bildungsausschuß glaubt mit diesem Thema ein Gebiet erfasst zu haben, dem man in unserer Zeit größte Bedeutung widmen muß und das für den denkenden Sozialisten eines der intercessionelsten und wichtigsten Arbeitsgebiete darstellt. Die Erfolge des Faschismus sind zum großen Teile seiner systematischen Arbeit auf dem propagandistischen und dem Felde der Erziehung zuzuschreiben. Der Vortragszyklus, der die Hauptprobleme der geistigen Kulturpolitik in den Vordergrund der Betrachtung rückt, wird dem politisch wie dem kulturell interessierten Genossen Belehrung und Anregung bringen. Der Zyklus enthält folgende Vorträge:

1. Die Schule als Grundlage der Volkserziehung (Professor Paul Fürstmann, Neichenberg)
2. Das gedruckte Wort (Josef Hofbauer)
3. Die Bedeutung der Musik im Völkerverleben (Min. Rat Prof. Krizanberg)
4. Großmacht Rundfunk (L. Goldschmidt)
5. Der Massenwahn (Dr. E. Franzel)
6. Die Frau und die Politik (Dr. Karla Schwelb)

Der erste Vortrag findet Donnerstag, den 15. November, statt, die weiteren am 22. und 30. November und am 6., 13. und 20. Dezember, mit Ausnahme des dritten Vortrages also jeweils Donnerstag und ebenfalls mit Ausnahme des dritten, der in der Urania stattfinden wird, immer im Parteilokal im Karodni 4.

Regiebeiträge für den ganzen Kurs (bei Beginn zu erlegen) 10 Kč, für den einzelnen Vortrag 3 Kč. Anmeldungen (auch von Nichtmitgliedern der Partei) sind zu richten an L. Goldschmidt, Redaktion des „Sozialdemokrat“, Prag XII, Fochova 62.

Ich melde mich hiermit als Teilnehmer(in) zu dem Kurs des Bezirksbildungsausschusses (alle 6 Vorträge) zu folgenden Einzelvorträgen des Kurseries:

Unterschrift und Adresse:

Der Film

Der König des Montblanc

Das ist ein Film aus dem Dritten Reich, aber kein ganz gewöhnlicher. Denn sein Regisseur ist jener Bergfilm-Spezialist Dr. Hand, der sich rühmen kann, den Luis Trenker und die Leni Riefenstahl entdeckt zu haben, die sich heute in der Summe des Führers ausfüllen können. Während ihr Eindecker ihnen vorwärts, daß sie ihn verlassen haben, daß Trenker ihm gewaltig Konkurrenz macht und die mit Datenkreuz-Exzursionen überhäufte Mefenstahl nichts mehr von ihm wissen will.

Der neue Film des Dr. Hand steht denn auch, so gleichgültig er ist, etwas abseits von der reinen Goebbels-Linie. Die Handlung (die historisch sein will und in die Zeit Goethes und Napoleons führt) spielt in der französischen Schweiz, die Vegetationsstamm von einem Italiener und die Produktionskosten führen die nicht allzu arischen Namen Robinson und Preßburger. Immerhin: das Ganze ist von Goebbels genehmigt und gutgeheißen; denn die Geschichte von dem Bergführer, der auf dem Gipfel des Montblanc Gold vermutet, aber, als er ihn schließlich erzieht, die angebotenen Goldstücke wegwirft und sich zu seiner Frau und seiner Geliebten als dem wahren Glück bekennt, ist so unwahrscheinlich und kitschig, daß sie keinem Nachhaber des Dritten Reiches gefährlich werden kann (wenn auch keiner von ihnen in dem Verdacht steht, angebotene Goldstücke jemals weggeworfen zu haben).

Aber die Handlung war schon immer die schwache Seite der Hand-Filme. Was ihre Wirkung ausmachte: die eindrucksvollen Hochgebirgsaufnahmen, das Filmspiel mit Gletscherpalästen und Lawinen, mit Schneehürmen und stehenden Wollen, mit Mätscherkühnen und Abtüssen. — das ist auch diesmal wieder anzustimmen.

Aber auch diesmal wieder steht die große Natur der Alpen in schreiendem Kontrast zu der Unnatürlichkeit des Spiels, in dem Sepp Rist den Luis Trenker nachahmt. Brigitte Bormer diverse Filmstars imitiert und der alte Friedrich Kayser in einer armseligen Nebenrolle agiert muß.

Verlangt überall Volkszunder

Den verehrten Gästen des CAFÉ „ELEKTRA“

danken wir herzlichst für das erwiesene Vertrauen, welches uns und unserem Unternehmen entgegengebracht wurde.

Gottlieb Hora und Frau